

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 1/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, von Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mf. 2.50, frei ins Haus Mf. 2.92, wo keine Post am Orte Mf. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einseitige Kolonietabelle oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 15 Pfennige, Auswärtige Inserate 35 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Samstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 24.

Breslau, Sonnabend, den 28. Januar 1911

22. Jahrgang.

Der Kampf um die Heizerzulage.

Bei der Beratung des Etats der Reichsmarine für 1910 gelangte im Reichstage eine Resolution zur Annahme, in der eine Neuregelung der Bestimmungen über Tafel- und Messgeld der gefordert wird. Die Tafel- und Messgeldder sind tägliche Zulagen zum Gehalt, die den Offizieren der Flotte ausbezahlt werden, und mit denen bisher mehr als reichlich getrieffen worden. Beispielsweise betrug das Tafelgeld eines Kontradmiraals bisher in den heimischen Gewässern 20—24 Mark, außerhalb der heimischen Gewässer 45 Mark; eine hübsche Zulage zu dem ohnehin über 11.000 Mark betragenden Gehalt dieser hohen Seeoffiziere. In den noch höheren Rängen steigerten sich diese Tafelgeldder bis 60 Mark, sanken sie bis 5,15 Mark resp. 1,80 Mark (für Fähnriche usw.) herab. Der Reichstag war jedenfalls völlig im Recht, wenn er eine Neuordnung der diesbezüglichen Verhältnisse verlangte, und zunächst von den mehr als 5 Millionen, die im Etat für 1910 an Tafel- und Messgeldern angefordert wurden, die bescheidene Summe von 271.574 Mark strich.

Unter Berufung auf die Resolution vom 8. März 1910 nahm nun das Reichsmarineamt eine Neuregelung nicht bloß des Tafel- und Messgeldwesens, sondern des ganzen Zulagenwesens in der Marine vor. Es gibt nämlich neben den Tafel- und Messgeldern auch noch sogenannte Bordzulagen, die an Offiziere, Ingenieure, Verzte, Beamte und an das dienstpflichtige Personal des Friedensstandes ausbezahlt werden. Man kann also im allgemeinen sagen, daß es die oberen feudalen Ränge des Marinewesens sind, die von der Regelung des Tafel- und Messgeldwesens betroffen werden, während die Regelung der Bordzulagen eine Angelegenheit ist, die zunächst die bürgerlichen, und das besonders auch die proletarischen Ränge angeht. Es sollen nun nach den Vorschlägen des Reichsmarineamts gespart werden:

an Tafel- und Messgeldern . . . 450.000 M.
an Bordzulagen . . . 996.000 M.

Von diesen 996.000 Mark entfallen wieder rund 770.000 auf Zulagen für das Maschinen-, Funkentelegraphen-, Artilleriemechaniker-, Mechaniker- und Heizerpersonal. Der weitaus größte Teil der Summe, die Herr v. Tirpitz zu sparen gedenkt, soll also dadurch heringebracht werden, daß das Einkommen der untersten Ränge in empfindlicher Weise gekürzt wird.

Etwas Aufreizenderes ist noch selten erdacht worden als die Tabelle der „Denkschrift zum Etat 1911 über das Zulagenwesen in der Kaiserlichen Marine“, die dem diesjährigen Marineetat beigegeben worden ist. Krasser kann das bekannte Heine'sche Wort von dem Wenigen, wovon noch genommen wird, nicht in die Zahlenprache überseht werden. Die hohen Offiziere behalten auch nach der Neuregelung tägliche Zulagen von 60, 45, 30, 18, 12 und 9 Mark; für Flotteningenieure, Zahlmeister usw. gibt es auch noch immer 1,40 Mark. Dem Maschinen- und Heizerpersonal, das bisher die enorme Zulage von 20 Pfg. bezog, sollen jetzt diese 20 Pfg. bis auf den letzten Pfennig genommen werden!!

In Prozenten beträgt die Kürzung der Zulagen in den heimischen Gewässern unter anderem:

für den Chef einer Flotte	3,33 %
für die Kommandanten der Schiffe ersten, zweiten und dritten Ranges	13 %
für den Chef des Stabs einer Flotte	28 %
für Ingenieure, Ärzte, Beamte	50 %
für das dienstpflichtige Personal des Friedensstandes	100 %

Während man an die Zulagen der großen Herren kaum rühren magt, wird dem dienstpflichtigen Personal des Friedensstandes die ganze Zulage genommen! Man kann sich also nicht wundern, wenn in der Sitzung der Budgetkommission vom 24. Januar ein bürgerlicher Redner sagte, daß ein Murren durch das ganze Personal der Flotte gehe, und wenn der Marinefiskus selbst durch ein hereditäres Schweigen die Richtigkeit dieser Befestigung betätigte.

Geschäftige offiziöse Federn haben den Versuch gemacht, den Sturm von den wirklich schuldigen Hauptern abzuwenden und den Reichstag als den Schuldigen hinzustellen. Gegen diese Geschichtsklitterung konnte sich die Budgetkommission mit Recht verwahren; denn tatsächlich hat wohl bei der Annahme der Resolution vom 8. März kein einziger Abgeordneter an die Möglichkeit gedacht, daß der Marinefiskus diesen Parlamentsbeschluss zum Vorwand benutzen werde, um den Heizern und Maschinenisten ihre 20 Pfg. Zulage zu nehmen. Die Mehrheit der Budgetkommission hat sich aber jetzt allerdings zum Mitschuldigen der Regierung gemacht, indem sie einen sozialdemokratischen Antrag ablehnte, der die Wiedereinsetzung der Zulagen in der vollen bisherigen Höhe forderte, und dafür einen Antrag der Nationalliberalen und des Zentrums annahm, der die Zulagen der untersten Ränge immer noch um 5 bis

10 Pfg. verkürzt. In diesem Schachern und Feilschen um die Pfenniggulage der Heizer liegt eine solche ausgefuchte Schabigheit, daß man vielleicht doch noch hoffen kann, die maßgebenden bürgerlichen Parteien würden sich, zumal angehts der Nähe der Reichstagswahlen, scheuen, Herrn Tirpitz auch nur den kleinsten Finger zu reichen.

Das Volk, dem man beim letzten Steuerraubzug abermals Hunderte von Millionen abgenommen hat, muß es auf das schärfste mißbilligen, wenn man jetzt in der Reichsmarine nicht einmal die 720.000 Mark aufbringen zu können vorgibt, die notwendig sind, um dem Personal seine Bezüge in der bisherigen Höhe zu belassen. 3/4 Millionen Zivildienstentlohnung, Steuerfreiheit der Fürsten, aber kein Geld für die Veteranen, keine Erhöhung der Soldatenlöhne, trotz aller Bemühungen der sozialdemokratischen Fraktion, trotz aller feierlichen Versprechungen — und jetzt zu allem die neue Aktentat auf die Taschen eines Personals, das unter ständiger Lebensgefahr für die Interessen des Reiches eintritt; wahrhaftig, hätte die Regierung die Absicht, das Volk in helle Empörung zu treiben, so könnte nicht anders handeln.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird es auf keinen Fall unterlassen, sich der Interessen des geschädigten Personals ebenso entschieden anzunehmen, wie sie sich bisher stets der Interessen der Mannschaften in See und Flotte angenommen hat. Bleibt ihr Bemühen vergeblich, so werden andere die Folgen davon zu tragen haben, und sie werden sie bis in die Knochen spüren!

Politische Uebersicht.

Elßaß-Lothringen und der Reichstag.

Der Reichstag sollte am Donnerstag einen großen Tag haben. Am Bundesratsitzung war denn auch die Reichstagslage in Gestalt des langen Bethmann aufgezogen. Es war seit Monaten das erste Mal, daß Jagden und Feste Herrn Theobald erlaubten, ein Parlament mit seiner Gegenwart zu beehren. Augensteinhalt will er den Reichstag nicht verhöhnen. Die Ohren werden ihren Schmaus wohl am Sonnabend bekommen. Am Donnerstag sprach statt des hohen Prinzipals der Reichsverwaltung nur sein allzeit geschäftiger und in seiner Art ganz brauchbarer Mann für den parlamentarischen Rayon, Staatssekretär Delbrück. Nicht übel! Er holte heraus, was herauszuholen war. Er schimpfte nicht wie die Alldeutschen, und pußte nicht, wie sein hoher Chef, seine Rede mit Noabittereien aus. Eine Nachtigall freilich konnte er aus der Krähe nicht machen, und die Elßaß-Lothringische Verfassung als Meisterstück moderner Gesetzgebungskunst und Verfassungswissenschaft auszugeben, ging schließlich auch über die Kräfte dieses Rayonchefs im Warenhause Bethmann. Es soll ihm auch zugestanden werden, daß er solche Kunststücke gern versucht. Er begnügte sich, Rechte, Linke und Zentrum auf die Stühle aufmerksam zu machen, die nach ihrem Geschmack waren, und sie zu bitten, im Hinblick auf die jugendlichen die nicht jugendlichen Stühle in Gesellschaft mit akzeptieren zu wollen.

Von drei Seiten wurde die Elßaß-Lothringische Verfassungsvorlage einer scharfen Kritik unterzogen. Herr Vonderscheer sprach mehr als Elßässer denn als Zentrumsmann. Seine Ausführungen waren bis zu einem gewissen Grade durchgreifend, soweit es sich um die Stellung Elßaß-Lothringens im Reichsorganismus handelt, aber verlagen völlig gegenüber dem vorgeschlagenen inneren Organismus des Reichslandes. Natürlich; die vorgesehene Verunzierungen am Verfassungsgebäude, speziell die Verunzierungen der Volkskammer, sind wesentlich im Interesse des elßaßischen Merkantilismus. Summieren prägte Herr Vonderscheer das hübsche Wort vom Verlust der staatlichen Ehrenrechte. Ein anderes Wort, das zu einem geflügelten zu werden verdient, prägte der Fortschrittler Raumann, der den Weisen im Bundesrat politische Arterienverkalkung vorwarf, und treffliche Sätze über die in Wahrheit unpolitische Sucht sprach, auf dem demokratisch umgedeckten Boden Elßaß-Lothringens die fremdartigen Gewächse ostelbischen Monarchismus und Aristokratismus zu verpflanzen. Ein großer Teil der vom Abg. Raumann entwickelten Anschauungen deckte sich mit den Ausführungen des Genossen Emmel, doch war natürlich auch der Sprecher des fortgeschrittensten Teiles des Bürgertums nicht in der Lage, die Kritik in der umfassenden Weise zu handhaben, wie sie gegenüber allen Erscheinungen des heutigen Etats dem Vertreter des organisierten Proletariats zu Gebote steht. Mit änderer Schärfe wandte sich Genosse Emmel gegen die Verpreuung des Reichslandes, gegen eine Sinneskant, wie sie am Schlusse der Sitzung mit handgreiflicher Deutlichkeit in den Ausführungen des Schwarzschäfers von Tirpitz zulage trat. Und doch ist Herr von Tirpitz noch nicht der ärgste Reaktionsär in dieser Frage! Was Herrn Basser mann betrifft, den nationalliberalen Führer, der auch an diesem Tage sprach, so war seine Rede eine echt nationalliberale, aus gemäßigten Wohlwollen, temperiertem Sinn für beschränkte Freiheit und staatsmännlich-angenehmer Vorkicht harmonisch-unharmonisch zusammengefeilt. Einerseits-Andersseits-Rede. — Am Sonnabend geht die Beratung weiter.

Aus dem Rechenschaftsbericht des Reichsverbandes.

Am 16. und 17. d. M. fand in Berlin eine Sitzung des Gesamtausschusses des Reichsverbandes statt; die Sitzung diente der Beratung des Rechenschaftsberichts für 1910. In der Reichsverbandspresse ist ein hübsch zugespitzter Witzzettel über diesen Rechenschaftsbericht verbreitet worden, wir wollen hier noch einiges mitteilen, was man dort wegließ, in der Absicht, mit dem Bericht einen möglichst guten Eindruck zu machen.

Der Bericht vermeidet aber peinlich, auch nur andeutungsweise etwas über die Gesamtmitgliedergahl und über die Höhe der Gesamtbeiträge und Spenden zu sagen. Er wird nur mitgeteilt, daß 1910 114 Ortsgruppen und 10 Sammelstellen mit rund 6000 Mitgliedern neu gegründet werden konnten.

Während auf der anderen Seite 32 Ortsgruppen und 14 Sammelstellen, deren Leiter und Vertrauensmänner den Pflichten gegen den Reichsverband nicht nachgekommen waren, aus den Listen gestrichen wurden.

Aus der beiläufigen Bemerkung, daß trotzdem eine Vermehrung der Ortsgruppen und Sammelstellen um 7 Prozent zu verzeichnen sei, würde sich ein Gesamtbestand von zirka 1100 dieser Organisationen ergeben.

Darauf mag der Reichsverband stolz sein, Schaden kann er der Sozialdemokratie mit diesem Geere nicht; er ist schon froh, daß er noch nicht von der Sozialdemokratie zerrieben worden ist:

„Trotzdem es der Sozialdemokratie gelungen war, auch in Jahre 1910 sowohl bei Kommunal-, wie Landtags-, wie vor allem bei Reichstagsersatzwahlen beträchtliche Erfolge zu erringen, so sind doch die Hoffnungen der Sozialdemokratie, daß ihr gescheitester und von ihr am meisten gehäßter Gegner, der Reichsverband bald das Heilige segnen werde, völlig zusehnden geworden.“

Der Geschäftsbericht teilt weiter mit, daß geplant sei, für die bevorstehenden Reichstagswahlen, ebenso wie 1907, eine „Wahl-Korrespondenz“ herauszugeben, die während der eigentlichen Zeit des Wahlkampfes mehrmals wöchentlich erscheinen und nicht nur größeren Zeitungen, sondern auch kleinen Blättern zur Verfügung gestellt werden soll, die in den Reihen außerhalb des eigentlichen Wahlkampfes meist nicht den genügenden Raum zur Verfügung haben, um von der Korrespondenz des Reichsverbandes entsprechenden Gebrauch zu machen. Die Erfahrungen des Jahres 11/06/07 haben aber gezeigt, daß während der eigentlichen Wahlbewegung auch die kleineren Lokalblätter gern bereit sind, ausführende Aufsätze über die Sozialdemokratie zu veröffentlichen, und diesem Bedürfnis soll durch das häufigere Erscheinen einer Wahlkorrespondenz nach Möglichkeit abgeholfen werden.

Weiter hofft der Reichsverband, daß besondere Versandstellen, die er für den Schriftensendungs eingerichtet hat, bei den Wahlen gute Dienste leisten werden, da auf diese Weise die Flugblattverbreitung leichter von Statten geht.

Die nächsten Wahlen werden zeigen, daß weder die massenhafte Flugblattfabrikation der Reichsverbändler noch ihre verlogenen Angriffe auf die Sozialdemokratie, noch endlich ihre Rechtsauskunftstellen, noch ihre Arbeitermitglieder im Ausbruch vermögen, der Sozialdemokratie den erhofften Schaden zuzufügen. Die Wählerschaft kennt den Reichsverband und ist mit ihm fertig.

„Was kannst Du armer Teufel bieten?“

Das zwischen Fortschritt und Nationalliberalen angestrebte Wahlabkommen für die Provinz Pommern ist nicht zustande gekommen. Abg. Dr. Dohrn sagt in dem von ihm erstatteten Berichte:

„Sie (die Nationalliberalen) kamen stets mit einer langen Liste von Wahlkreisen, die sie für sich beanspruchten und traten so auf, als ob sie diese Wahlkreise bereits besäßen und als ob sie, wenn sie von diesem Besitze etwas hergäben, gleichwertigen Ersatz haben müßten. Um ihren Ansprüchen Nachdruck zu verleihen, arbeiteten sie mit Eifer in allen den Wahlkreisen, die die Volkspartei nicht aufgeben wollte und konnte, und ließen bezeichnenderweise diejenigen Wahlkreise, die wir von vornherein den Nationalliberalen angeboten hatten, nämlich Neustettin, Greifenberg-Kamin, Prenz-Saazig, Rugard-Regenwalde, so gut wie unarbeitslos und unberücksichtigt. Ja, sie glaubten uns damit schreden zu müssen, daß sie erklärten, sie würden im Falle der Nichterfüllung in allen pommerschen Wahlkreisen Kandidaten aufstellen, auch in denen, die wir zurzeit brägen.“

Die „Liberale Korrespondenz“ empfiehlt, wenn sich die pommerschen Nationalliberalen nicht fügen in Stenbal gegen den Abg. Fuhrmann und in Saarbrücken gegen den Abg. Basser mann fortschrittliche Kandidaten aufzustellen.

Oberbürgermeister Kirchner in Berlin kandidiert wieder. Oberbürgermeister Kirchner's Amtsperiode läuft mit dem Ende dieses Jahres ab. Herr Kirchner hat sich unumwunden den Führern der maßgebenden Fraktionen im Berliner Stadtparlament gegenüber dahin gelassen, daß er es für seine moralische Pflicht betrachte, sich nach dem Zustandekommen des Zweckerbeschlusses des Reichsverbandes für die Reichshauptstadt eine Fülle der schmerzlichen Aufgaben zu übernehmen, den städtischen Behörden zu einer Wiederwahl zur Verfügung zu stellen.

Sozialdemokraten und Volkskammer. Der Magistrat in Frankfurt a. M. hat sich von den Sozialdemokraten vollzogene Wahlvorsteherwahlen nicht belästigt, weil, wie ein Gewähr ein Volkskammer ist und der andere der sozialdemokratischen Partei angehört. Dabei kann sich der Magistrat nicht einmal darauf beruhigen, daß etwa die Regierung Sozialdemokraten gemacht hätte.

Frankfurt hat am Sonntag; seine Währungsrechnung sagt ausdrücklich, daß weder die Goldrente noch die Begleitbesitzer usw. der Verfassung durch die Regierung bedürftig.

Schwarz bleibt Kandidat für Säbel. Bürgerliche Blätter teilen mit, Offizier Schwarz habe eine Wiederanstellung für die kommende Reichstagswahl abgelehnt. — Wir können mitteilen, daß diese Meldung völlig erfunden ist.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamt hat sich dahin geäußert, daß es gesetzlich unmöglich sei, die in den Etat gebrachte Regelung der Verrentenangelegenheiten in das Finanzgesetz selbst aufzunehmen. An der Notwendigkeit, den Reichsbank für die Verrentenangelegenheiten ebenso wie für die Geererbvorlage auf den Entscheidungen der Finanzminister zu beruhen, hat sich nichts geändert, da bei Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Etat für 1911 und die folgenden Jahre eine anderweitige Deckung nicht geschaffen werden kann.

Rußland.

Das Martyrium der Presse in Rußland.

Das Gesetz ist 1905 in Rußland die Zensur abgeschafft und die Pressefreiheit eingeführt worden. In Wirklichkeit hat aber das Wüten der reaktionären Regierungsbeamten und der mit unumschränkter Vollmacht ausgerüsteten Provinzialtruppen die Presse in einen Zustand der Unfreiheit und der Abhängigkeit von der Administration veretzt, der schlimmer ist als die Abhängigkeit von der Zensurbehörde vor 1905. Ein anschauliches Bild der Presseverfolgungen während der „konstitutionellen“ Periode 1905—1910 bieten folgende Angaben des bekannten Statistikers A. Benzin. Während der genannten Periode wurden der periodischen Presse folgende Strafen erteilt:

Gesamtzahl der Strafen	4.396
Darunter Jahrbücherungen von periodischen Organen	1.270
Strafen	1.085
Fälle der Herausziehung der Redakteure zur gerichtlichen Verantwortung	1.526
Gerichtsurteile	532
Gesamtsumme der publizierten Strafen	496.408 Rub.
Gerichtliche Strafen	21.538
Administrative Strafen	474.870

Bei diesen Angaben muß berücksichtigt werden, daß die Gerichtsurteile gegen die Redakteure von ungeheurer Grausamkeit waren. Es wurden Festungstrafen von 1 bis 4 Jahren zuerkannt, wobei die Höhe der Strafe in keinem Verhältnis stand zu den Verbrechen der Redakteure. Die Verurteilung der Redakteure ist es charakteristisch, daß die administrativen Strafen die gerichtlichen fast um das Fünffache übertrafen. So wurden von allen inhaftierten Organen auf gerichtlichem Wege vernichtet bloß 17,6 Prozent, während 82,4 Prozent dem Generalsekretär der Administration zum Opfer fielen. Das Gericht belegte die Redakteure mit 155 Geldstrafen, die Administration mit 503. Die Gesamtsumme der von dem Gericht publizierten Strafen belief sich auf 189 Rubel, die der administrativen Strafen auf 526 Rubel.

Wenn die angeführten Daten mit den Strafverfolgungen vor 1905 verglichen werden, so ergibt sich, daß die russische Presse für ihre „Freiheit“ jetzt 50 mal mehr Strafen zu tragen hat, als vor der „konstitutionellen“ Periode. Inzwischen haben diese Opfer keineswegs die Zensur vernichtet. Obgleich offiziell abgeschafft, lebt sie jetzt noch unter den verschiedensten Namen fort, so an verschiedenen Orten haben die bedrängten Druckereibesitzer und Verleger selbst um die Einführung einer offiziellen Zensur gebeten (die natürlich entsprechend honoriert wird), um wenigstens vor den ungeheuren Strafen der Administration sicher zu sein.

Die Regierung ist in letzter Zeit auch bestrebt, die Bestimmungen der russischen Pressefreiheit auch auf Finnland auszuweiten. Der Senat, der aus russischen Kreolen besteht, hat den finnischen Druckereibesitzern den Befehl erteilt, gleich nach der Herausgabe einer jeden Zeitungsummer je zwei Exemplare der Behörden zuzusenden. Da dieser Befehl auf den Widerstand der Bevölkerung stieß, unterbreitete der Senat dem stellvertretenden Senatssprekator Savonius die Frage zur Entscheidung, auf welche Weise die Druckereibesitzer zur Verantwortung gezogen werden könnten. Der Präkator beantwortete die Frage dahin, daß der § 19 des Pressegesetzes, auf dem die genannte Verfügung basiert, mit der Verantwortungszugabe aufgehoben und durch umgänglich sei. Außerdem hat der Edelbesatz den Gouverneuren anbefohlen, „wichtige Mittel“ zu ergreifen, damit dieser Verfügung Folge geleistet werde. Jedenfalls werden aber die russischen Schwanzspaltler noch manche bittere Pille schlucken müssen, ehe es ihnen möglich sein wird, in Finnland auch nur annähernde Zustände zu schaffen, unter denen die russische Presse schon jahrelang schmachtet muß.

Die Lage in Mexiko. „New York Her.“ meldet, die Lage in Mexiko sei ungünstiger für die Regierung. Die Anführer sammeln im Süden Kanonkugeln und Kriegsmaterial. Sie bereiten nun Kämpfe gegen Cihuatlan und Juarez vor, wobei 1200 Revolutionäre in Aktion kommen. Die Verbindungslinien des Generals Navarro, des Führers der Regierungstruppen, sind gefährdet. Jedenfalls ist die Bewegung der Eisenbahnen aufgeschlossen, da die Brücken vorerst sind.

Die Entwicklung des Aktienwesens gestaltet sich auf den Höhepunkt des Großbetriebs und die Entfaltung des nahrungsreichen, von jeder Mitwirkung des Investors im Produktionsprozess losgelösten Kapitalcharakters. Der Aktionär als solcher ist nur noch ein fremder Arbeitsvertrag. So ist ein Blick auf die Schweizer Aktiengesellschaften seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts sehr lehrreich. Nach den Mitteilungen des Eidgenössischen Statistischen Bureau gab es Aktienkapital in Millionen Frank:

im Jahre	auf den Kopf der Bevölkerung
1850	9,9
1870	549,7
1890	1190,5
1905	2000,3
1909	2728,1

Die Zahl der Gesellschaften betrug 3547 im Jahre 1909 (3305 im Vorj.) Kapital im Durchschnitt 767.700 Frs. Auf die einzelnen Geschäftszweige entfielen: Handel 1704 mit 1401,8 Millionen Frs., Industrie 1117 mit 756,6 Millionen Frs., Verkehr 299 mit 246,6 Millionen Frs., Unterproduktion 231 mit 195,4 Millionen Frs. usw. Daraus kommen noch 114 ausländische Aktiengesellschaften, die in der Schweiz Filialen haben. Ihr Kapital beträgt 1111,1 Millionen Franken.

Arbeiterbewegung.

Die offizielle Schilderung der Lage des Tabakwerkes.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das Sprachrohr des Reichsschatzamt, bringt über die Lage der Tabakindustrie einen Artikel, der beweisen soll, daß der Geschäftsgang der Tabakindustrie sich schon seit einem halben Jahre im früheren Geleise bewegt und zu allgemeinen Klagen über schlechten Geschäftsgang damit keine Veranlassung mehr vorliegen könne. Es wird ganz in der Art und Weise des Herrn Reichstagsabgeordneten R. Erzberger vorgegangen, der dieses Stedenwort schon torgeritten hat: „Die Einfuhr von Rohtabak hat die normale Höhe wieder erreicht, auch die Beschäftigung der Arbeiterkräfte hat wieder den alten Umfang erlangt und somit ist der normale Zustand im Tabakgewerbe wieder eingetreten.“

Wenn man aus einem stützen Jugung an Rohabaleinfuhr nicht auf eine Besserung in der Lage der Tabakindustrie schließen könnte, so müßte doch auch das Umgekehrte der Fall sein. Aber nicht jeder Rückgang in der Einfuhr von Rohabak beweist eine Verschlechterung der Lage des Tabakgewerbes; denn die Einfuhr von Rohabak schwankt je nach der Güte und Größe der Tabakfabriken. Ganz korrekt, nach den Angaben der schweizerischen Zigarettenfabrikanten, in Betracht, daß das Weiznachtsgeschäft, das stets eine stärkere Beschäftigung der gesamten Nahrungsmittel-, Genussmittel- und Luxusindustrie zum Vorboten hat, in jedem Herbst das Tabakgewerbe zu vermehrten Leistungen nötigt. Der beschriebene Rückgang ist aber vielfach schon wieder eingetreten. Aus Westfalen sind bereits erneute Arbeiterentlassungen und Schließungen von Fabrikzweigen gemeldet worden. Im übrigen sind ja in Wälsche die Zahlen der Tabak-Berufsgenossenschaft zu erwarten, und diese werden schon zeigen, in welchem Maße das Tabakgewerbe und insbesondere die Zigarettenfabrikation Einbuße an Umsatz erlitten hat. Erste Sachverständige Deutschlands schätzen diese Einbuße auf mindestens 15 bis 20 Prozent.

Aber selbst wenn eine solche Einbuße nicht eingetreten wäre, so würde das noch nicht beweisen, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ recht hat. Würde wohl die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, wenn durch eine hohe Papiersteuer und durch eine starke Preissteigerung für Blei und Druckfarben ihre Herstellungskosten so stark vergrößert würden, daß ihr ganzer Gehalt dadurch aufgefressen wird, von ihrer Geschäftslage heftig betroffen sein, wenn sie dabei um ihre alte Abkommenzahl aufrecht erhalten hätte? Die sich die Lage im deutschen Tabakgewerbe im abgelaufenen Jahre gestaltet hat, das werden die Journale der Fabrikanten lehren. Demgegenüber werden darunter sein, die auch nur einigermaßen ein betriebliches Bild darbieten werden, und wenn die Zigarettenindustrie nicht wäre, so würde das Jahr 1910 für das ganze deutsche Tabakgewerbe wohl eines der schlechtesten sein, die es je erlebt hat.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung verleiht jedoch ein geschmackvoll angelegtes Pflöcklein, welches

einen Anstoß auf die Entwicklung des Genossenschaftswesens wert.

Anlässlich der großen Aussperrung der Kantabalarbeiter im Jahre 1901 von 58 Kantabalarbeitern begründet, hatte dieselbe in den ersten Jahren ihres Bestehens als reine Produktiv-Genossenschaft mit großen Schwierigkeiten zu rechnen.

Neben den fortgesetzten Verleuten der Nordhäuser Kantabalarbeiter, die die Fabrikation durch Abschneiden der Rohabak- und Extraktbezüge unmöglich zu machen, hatte dieselbe unter finanziellen Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten unter den Mitgliedern selbst zu leiden. Die ersten Jahre sind deshalb als die rechten Kinderjahre dieser Genossenschaft zu bezeichnen.

Erst durch das wachsende Interesse der Konsumgenossenschaften für die Fabrikate der „Kantabalarbeiter-Genossenschaft“ war es derselben möglich, sich zu dem zu entwickeln, was sie heute ist.

In zielbewusster Weise hat dieselbe seit dem Jahre 1906 nur noch Konsumvereine als Mitglieder aufgenommen, und somit das Unternehmen auf breiterer Grundlage aufgebaut. In der Genossenschaft partizipieren heute 50 der größten Konsumvereine, indem diese die Mitgliedschaft bei derselben erworben haben.

Infolgedessen ist das Unternehmen heute als ein Produktivunternehmen der Konsumgenossenschaften zu bezeichnen, welches auch zur Erthema aus den betageten Umsatzfiguren hervorgeht, indem über 70 Prozent des Gesamtumsatzes an Konsumvereine abgesetzt wird.

Entsprechend dem genossenschaftlich geregelten Absatzgebiet hat sich die finanzielle Grundlage der Genossenschaft in den letzten Jahren wesentlich gebessert. Während dieselbe in den ersten Jahren von Lieferanten und Geldgebern abhängig war, verfügt sie heute über ein eigenes Betriebskapital von rund 60.000 Mark und besitzt ein eigenes Grundstück im Werte von 72.000 Mark, in welchem die Fabrikation untergebracht ist.

Die der Prospekt beigefügten Bilder lassen einen Einblick in die Fabrikationsweise und Räume zu.

Parallel mit der fortschreitenden günstigen Entwicklung des Unternehmens sind auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der im Betrieb Beschäftigten ausgebaut worden. Bereits im Jahre 1908 führte die Geschäftsleitung unter entsprechender Erhöhung der Löhne den achtstündigen Arbeitstag generell durch.

Im Jahre 1910 wurde der erste Tarif in der Kantabalarindustrie zwischen dem „Kantabalarbeiterverband“ und der „Kantabalarbeiter-Genossenschaft“ abgeschlossen.

Nach diesem gab die Genossenschaft 25 bis 33 Prozent höhere Löhne, als die am Orte ansässige Privatindustrie.

Außerdem gewährt sie allen im Betrieb Beschäftigten unter Fortzahlung des vollen Lohnes einen Ferienurlaub von sechs Arbeitstagen jährlich und trägt die vollen Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung.

Weiter sind sämtliche männlichen Arbeiter in der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine versichert.

Alles in allem zeigt die Entwicklung des Betriebes, daß sich derselbe unter Einhaltung der genossenschaftlichen Grundsätze zu einer Genossenschaft ausgebaut hat, auf die jeder Genossenschaftler mit Stolz blicken kann, und in der auch für die Beschäftigten in sozialer Beziehung etwas geleistet worden ist. Wir können deshalb jedem Konsumenten von „Nordhäuser Wein“ die Fabrikate der „Kantabalarbeiter-Genossenschaft“ nur empfehlen.

Verlegung der „Vulkan-Werke“ nach Hamburg. Ende dieses Jahres wird der gesamte Betrieb des Steintiner Vulkan nach Hamburg verlegt.

Arbeiterverhandlungen im Baugewerbe in Kiel. In den Kreisen der Bauunternehmer scheint plötzlich die Stimmung umgeschlagen zu sein. Nach länglich bei Verhandlungen den Arbeitervertretern gegenüber, die Unternehmer würden sich zu neuem Kampfe rufen. Jetzt erhielten die Vertreter der Arbeiter von dem genannten Unternehmerverband die Mitteilung, die Unternehmer würden alle Forderungen der Arbeiter, über die noch Differenzen bestehen, anerkennen; der Vertrag könne nunmehr unterzeichnet werden. Woher dieser neue Wind weht, ist nicht recht klar, wahrscheinlich aber haben die Unternehmer in Kiel die Sachverhalte des Führers des Unternehmerverbandes allmählich fast bekommen.

Achtung, Metallarbeiter! Die Firma Niebaum u. Söhne in Duxdorf (landwirtschaftliche Maschinenfabrik) sucht nach ihrer eigenen Angabe in etwa 30 Metallarbeiten durch Zusätze Tischler, Schlosser, Dreher, Hobler und Fräser und andere Metallarbeiter. Die Streikbrecherrolle von Gottfried Ferber ist schon wieder an die Luft geblasen worden, weil sie nichts leisten konnte. Angeblich soll die Gesellschaft nach Neuseeland wandern. Da der Streik resp. die Aussperrung noch nicht beendet ist, wird er nicht, den Bezug fernzuhalten. Auch sucht der verächtliche Gottfried Ferber von Duxdorf an unorganisierte Arbeiter, Schlosser, Dreher, Schmelzer und Arbeiter im Arbeitsmarkt. Es wird ersucht, auch auf derartige Inserate in der hiesigen Presse aufmerksam zu machen, auch sonst auf diese Annoncen ein wachsameres Auge zu haben.

Verlegung eines Auswanderers. Die ausländischen Fürber n Krefeld sind wieder eingetreten, der Konflikt ist beilegt.

Die Heye vom Eriesnerberg.

Eine Erzählung aus Westpreußen nach den Logen von Marianne Rabber.

(Katholik verboten.)

Greif war befangen ihm gegenüber; sie fühlte, daß etwas Fremdes zwischen sie getreten war; was, das wußte sie eigentlich nicht. Aber sie wagte nicht mehr, den Partisanen so offen anzusehen oder gar mit ihm zu lachen, und wie sie war launisch, wie sie ihm ansah. Wenn sie im Stille die Hände schüttelte, die sie ausgezogen hatte, und die kamen ihr lieblich vor, und der Alois kam und schickte sie, dann ging Greif schnell davon. Und wenn sie vom Scher der das große Leben voll sein geliebt hatte und es unter das Vieh vertrieben wurde und der Alois sprach davon, um ihr zu helfen, dann ließ sie das ganze Leben liegen und ließ den Alois die Fütterung allein besorgen. Sie ging schnell zur Kasserin in die Wälsche und machte sich dort zu schaffen.

Eine Kasse hatte auch das Greif zum Spinnweben gegeben.

Das war wieder gegen Brand und Geronnen. Zum Spinnweben kamen nur die Tücher der Frauen, nicht aber das Gefilde. Das Greif gedachte doch zu dem Gefilde?

Die alte Barbara wußte, die Schmeißer des Vieh, die jetzt vom Leben seiner Gesundheit in Angst und Schrecken regierte, hatte ganz verstanden, daß sie hätte, daß auch das Greif von dem Vieh kam.

Es ist doch kein Wunderlich, das Greif, erzieht sie sich. Aber sie gut als ein Wunderlich; Jakob sagt und seine Wälsche erzieht es als ihr eigenes, sagte Eines nach. Greif sah sie denn fort.

Sei gut zu dem Mädchen, Bait. Barbara Kasse wurde noch verstanden.

Während Jakob Eines mit der Einleitung verjaugte, schickte sie nicht; immer Eines und Heberchen war nie ihre Sache gewesen, das wußte sie auch von Anfang an. Nicht das Mädchen war jenseits Wälsche, die sollte es sein.

Doch der Alois nicht ohne das Greif zum Spinnweben kommen konnte, das behauptete Eines wußte, die Brüder schlugen jetzt mit dem Scherchen zu kommen.

Der Alois sollte aber kommen, dann war es Eines zu sein, während Jakob Eines der Spinnweben wußte, daß Greif die Fütterung nicht ohne das Greif, also wußte das Greif die Fütterung nicht ohne das Greif.

an der Hand haben ein paar Burden; Jos Kasse schenke aus einer großen zinnernen Kanne Blutrotten Rotger Wein in die Dose und ließ ruhig mit den Sägen an. Den Alois zeichnete er besonders aus; der mußte immer und immer wieder mit ihm aufpassen.

Die Brüder scharrten, die Mädchen lachten und schwiegen, Bait sagte hin und her. Der Alois hatte im Kamin und in der Mitte an den kleinen Fensterchen.

Greif treibt in der Alp auf Eines der Kasse*) sein wildes Spiel, das die alle Barbara bedrängte an, vertrieb dem Mädchen dabei einen heftigen Schreck, daß es lautlos flog.

Jacob und Barbara sahen die Mädchenlächel hinter zusammen, ergriffen was vom Kasse, Bait, dem Eines in die Alle. Das wußte die Barbara noch lieber zu? Ihr Leben hatte sie doch gern ergriffen, und je gewaltiger ihre Geschickten, desto lieber konnte sie ihr leben.

Sie bräutete sich nicht länger.

Der Alois? Ja, Kasse, Ihr glaubt wohl, daß Ihr jetzt den Alois einem kleinen, wilden Mädchen, das einst auf Profischeng geschick hat, zu hören bekommt? Ja, die Profischenger hat kein Kasse gesehen, daß sie sich das gute Mädchen selbst betriebe haben. Ihr wußt doch, wie das damals zuging? Ja? Kasse, schadet nichts, das kann man zu dem Alois kommen noch einmal hören, damit man sich ein Mädchen auch mal nach dem Eriesnerberg läse, nicht eines von dem Alois zu dem Kasse betriebe.

Wie, vor länger, langer Zeit war zu Profischeng ein Mädchenlächel*). Niemand wußte, woher es kam; niemand hatte jemals seine Wohnung gesehen, niemand wußte, ob es in einer Bergkette eine Höhle betriebe, oder ob es gar in den Wälschen in lustiger Höhe lag. Aber es war ein gutes Mädchenlächel; es tat keinem etwas zu Leid, es hatte sich selbst zu machen, was es war. Seit langer Zeit hatte es nun das Vieh der Profischenger auf der Alp; langsam gab es Obst, daß es kleine Ecken leibe, nicht in die Wälsche flog, nicht in den Bergen lag vertrieben.

Das Mädchenlächel war ganz weit.

Als die große Wälschezeit kam mit Schnee und Eis, daß es einem mit dem Alois im Berg Kasse, hatten die Profischenger mit ihrem Kasse ein gutes Mädchenlächel, das man so Kasse wußte. Sie ließen ihm beim Profischenger ein Vieh machen und Kasse es dem Mädchenlächel auf die Alpen.

Das Kasse verjaugte immer, sag das Alois an, lasse laut und lang und voller Kasse.

„Bait, Bait, wüßte du, Alois mit Eines?“

Dann war es möglich, daß der Alois der Profischenger

*) Eines.

*) Eines.

verschwand und ward nie mehr gesehen. Die Leute aber mußten nun selber ihr Vieh hüten.

Rein, sich ein gutes Mädchenlächel in der Kasse nicht. Drogen in den Wälschen der Samina ob Eines haust er seit Jahrhunderten. Er wußte das Vieh, daß es wie geht von den Weiden raff. Wenn der Sturmwind bläst, dann erzieht auch der Alois, und mit ihm gemeinsam schickte er Mensch und Vieh. Am tollsten aber treibt er es in der Wälsche. Wehe dem Menschen, der ihm da in die Arme fällt! Fürchterlich ist er anzusehen; eine große, große Schreckensgestalt. Unter Sturm und Hagelstauer kommt er in der Wälsche an, um alles zu verderben, was ihm entgegentritt.

Die Wälsche kennen das Unheil wohl, das er anrichtet. Deshalb bleibt auch kein Wälscher bis zur Wälsche auf der Alp. Einmal hat ein Eines ganz vergessen, daß die Wälsche war. Er war mit seiner ganzen Herde draußen auf der Alpen, denn es war mildes Wetter, die Alpen war grün, es war noch kein Schnee gefallen; ruhig blies er auf seinem kleinen Horn, bisweil das Vieh im Rindstall graße.

Da unendlich tief es wie ein Ungeheuer über die Alpen; ein entsetzlicher Sturm bricht los, Hagelstauer prasseln nieder, helle Blitze durchdringen die Luft, der Donner rollt mächtig, und in Kammer der Wälsche erzieht der Alois, fürchterlich anzusehen, um den irdischen erschrockenen Hirten zu verdrängen und ihn mit seiner Herde in den Abgrund zu schleudern. An anderen Stellen fand man den armen Eines tot, zerstückelt unter an den Felsenwand, halb begraben unter Schutt und Geröll; von der Herde aber ward kein Bild mehr gesehen.

Spätig krebte die Alle das Spinnweb, daß der Alois sich. Tücher und Mädchen waren erschrocken; dann lasste Eines sich auf. Sie sah mit spottendem Blick auf den Alois und rief:

„Dirk auch wohl Furcht vor dem Alois haben droben auf Wälschen, Alois? Ich rate Dir, daß nicht in der Wälsche Kasse auf die Wälsche; der Alois könnte Dich finden und verdrängen, wie jenen unglücklichen Eriesnerbuden!“

Woh! sollte die Rede Spott sein, und doch, wer deutlicher sprachte, merkte wohl die Angst, die in des Mädchen Eines lag; auch in den Augen lag ein besterter Zug von Kasse, daß der Alois nicht wußte, als die Burden alle ein lautes Gelächter ausstießen.

Jos Kasse Kasse mit seiner Faust kräftig auf den Tisch, daß die Kasse Kasse und rief in höhnendem Auf:

„Kasse hin, Kasse her, der Alois kennt keine Angst, bei mir ist es mit dem Alois auf, was er so Kasse wie der Alois und so Kasse wie der Wälsche Kasse sein! Hier, die Kasse geht und angeschlossen! Ihr Mädchen, tut auch einen Kräftigen Zug!“

*) Eines.

Die Urabstimmung im Gewerbeverein der Dringlichen Bergarbeiter. Die Dringlichen Strategen des Gewerbevereins haben sich ein Vertrauensvotum über ihre geniale Taktik bei der Lohnbewegung im Ruhrrevier ausstellen lassen. Durch Urabstimmung haben sie ihre Mitglieder befragt, ob sie mit der Haltung der Gewerkschaft bei der letzten Bewegung einverstanden sind. Auf diese Frage haben 44.855 Mitglieder mit ja und 88 Mitglieder mit nein geantwortet. Die Dringliche Vertikung ist sich nicht wenig darauf zu freuen, daß die ganze Reihe der Genossen an der Einsicht und Verurteilung der Gewerkschaften abgestimmt ist.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. Januar.

Die Breslauer Gewerkschaften im Jahre 1910.

Eine rührige Tätigkeit hatten im verfloffenen Jahre auch die Gewerkschaften an den Tag gelegt. Getreu ihrem Programm, in erster Linie für Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder zu sorgen, haben sie wieder ein redliches Teil dazu beigetragen. Die kleinen Gewerkschaften und auch die großen Arbeiterverbände haben Kämpfe führen müssen, die manches Opfer erforderten. Aber wir wissen, daß ohne Kampf an einen dauerhaften Sieg der Massenbewegten Arbeiterschaft nicht gedacht werden kann!

Mancher Lohnkampf wickelte sich still und friedlich ab, doch noch hallt es wider aus dem Kampfgetöse der großen Bauarbeiterausperrung und des rechtzeitig abgebrochenen Kampfes in der Metallindustrie.

Der Metallarbeiterverband hatte eine besonders schwere Strafe. Gift es doch, in der Eisenindustrie die Lohnkämpfer zu rechnen, die als vorzügliche Schanzmacher nicht nur im gewerkschaftlichen, sondern auch im politischen Leben gelten. In Rheinland und Westfalen liegen die Burgen der Hochfinanz. Dort, wo der Stahlwerksverband seinen Sitz hat, in Düsseldorf mit seinem Palastgebäude, werden nicht nur die Ausperrungspläne für die nicht gefügigen Arbeiterschaft ausgearbeitet, dort werden auch in Wirklichkeit die Gesetze geschaffen, die nur nachträglich im Reichstage bestätigt werden.

Und es war herzerfrischend, daß diesen Unternehmern durch die Arbeiterorganisation beigebracht wurde, ihren Herrenstandpunkt ein wenig aufzugeben und sich in Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband einzulassen. Hat doch Bueck, der ehemalige weltbekannte Sekretär, der 33 Jahre lang die Geschäfte des Industriellenverbandes führte, am Schluß seiner Tätigkeit zahnnehmend gestehen müssen: „Ich habe früher die Ansicht vertreten, daß auch selbst die härtesten Gewerkschaften der vereinigten Arbeiterschaft gegenüber nicht bestehen könnten. Diese Ansicht habe ich heute nicht mehr!“

Damit ist gleichzeitig der geschickte Taktik der Arbeiterorganisationen Anerkennung gesollt.

So wie der gesamte Metallarbeiterverband einen großen Achtungserfolg erreichte, so hat der Zweigverein in Breslau nicht minder die Lebenshaltung der Arbeiter gefördert. Nicht weniger als 22 kleinere Lohnbewegungen sind in der Zahlstelle geföhrt worden, darunter die der Kohrleger, der Gold- und Silberarbeiter, der Klempner und anderer Spezialbranchen. Besonders zu erwähnen ist, daß die Installateure in einem von ihr ausgearbeiteten Lohnvertrag durch eine kleine Ausperrung den Metallarbeitern aufzwingen wollte. Der Angriff wurde durch die Organisation glänzend abgefohlen.

Für die Bauarbeiter war das Jahr 1910 wohl das kampfreichste. Am 16. April wurden im ganzen Reich nicht weniger als 70.000 Maurer, 22.000 Zimmerer und 24.000 Bauhilfsarbeiter von den blind wütenden Bauunternehmern auf die Straße geworfen. Die Ausperrung währte circa 12 Wochen. In Breslau allein wurden rund 1000 Maurer ausgeperrt, dazu 900 Bauhilfsarbeiter und 500 Zimmerer. Bedenkt man, daß noch andere Berufe, wie die Bauhändler, Maler, Dachbeder usw., in Mitleidenschaft gezogen wurden, so hatte die Ausperrung rund 100.000 Arbeitern einen wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Aber die Arbeiter hatten in ihren Verbänden einen wirksamen Schutz. Die Maurer zum Beispiel zahlten allein 76.000 Mark Streikunterstützung, die Zimmerer 45.000 Mark usw. Aber die Erfolge der Ausperrung blieben nicht aus. Die Unternehmer waren die Arbeiterorganisationen zu zerkümmern. Nun haben sie auf ihre Forderungen verzichten müssen und die geschlossenen Organisationen der Arbeiter haben einen schönen Sieg errufen. Ein Schiedsspruch brachte 130.000 Maurern und 70.000 Bauhilfsarbeitern eine Lohnerhöhung von 5 Pfennigen, und 7000 Maurern und 3000 Bauhilfsarbeitern eine solche von 4 Pfennigen. Dann kam 30.000 Bauarbeitern eine Arbeitszeitverkürzung zu gute. Den Arbeitern war für die Opferfreudigkeit der Erfolg nur zu gönnen.

Der Schuhmacherverband hatte einen Lohnkampf mit der Firma Dornsdorf auszufechten. Die dort beschäftigten Arbeiter wollten die neuerrundigte Arbeitszeit haben, wie sie in anderen Betrieben bereits üblich ist. Die Einigungsverhandlungen scheiterten an dem Starrsinn des Unternehmers, und so legten 336 Schuhmacher am 2. Oktober 1910 die Arbeit nieder. Der Kampf währte 5 Wochen lang, bis er schließlich am 6. November durch Einigungsverhandlungen beendet wurde.

Auch der Transportarbeiterverband verzeichnet eine lebhaftige Lohnbewegung. Es waren nicht weniger als 16 Streiks, wobei er in acht Fällen durch andere Gewerkschaften in Mitleidenschaft gezogen war. Für 93 männliche, 7 weibliche Mitglieder und insgesamt 142 Kinder wurden bei 5049 Streiktagen 8388 Mark Unterstützung ausgezahlt. Er erreichte für 85 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 1/4 Stunden für die Woche und für 277 Personen eine Lohnerhöhung von 1,56 Mark bis 1,20 Mark pro Mann und Woche.

Der Schneiderverband und der Bäckerverband können jeder auf erfolgreiche Tarifbewegungen ausweisen.

In der Holzindustrie hatte der Holzarbeiterverband für die Kollegen der Treppen- und Geländerbranche und in der Knopfbbranche ansehnliche Erfolge errufen.

Der Fabrikarbeiterverband erreichte durch Lohnbewegungen mit und ohne Arbeitseinstellung einige Fortschritte. Ein Tarifabschluß in der Lapppappenfabrik von Friedberg brachte den Arbeitern eine Verbesserung von 1,50 Mark pro Woche. Auch sonst trat der Verband bei schlechter Behandlung durch Vorgesetzte in der wirksamsten Weise für seine Mitglieder ein.

Ein Kampf mit der Brauer im Jahre 1910 war besonders hartnäckig mit der Direktion der Aktien-Malzfabrik Erst das wirksame Mittel des Boykotts, der mit Hilfe des Gewerkschaftsstatistiks angewendet wurde, hatte einen vollen Erfolg des Brauerverbandes gebracht. Wie nachteilig der Boykott auf die Firma gewirkt hat, beweist die Tatsache, daß die Dividende für die Herren diesmal nur 1 Prozent betrug, während sonst in den früheren Jahren 10 Prozent und 5 Prozent ausgeteilt wurden.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Tabakbranche litten schwer unter den Wirkungen der Tabaksteuer. Doch war es dem Tabakarbeiterverbande möglich, eine erfolgreiche Lohnbewegung bei der Firma Galpaus durchzuführen. Die große Zahl der noch in der Tabakbranche vorhandenen Arbeitslosen können die ihnen bei der Finanzreform versprochene Staatsunterstützung nicht mehr erhalten, weil — kein Geld im Staatsfädel ist. Wie mangelhaft die Unterstützung der Tabakarbeiter war, beweist am besten die Unterstützung des Buchdrucker-Verbandes für seine in Not geratenen Mitglieder. Die Zahlstelle Breslau zählte am Schluß des Jahres 1910 796 Mitglieder. Für Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung usw. wurden von diesem Verband nicht weniger als 85.284 Mark gezahlt. Eine Leistung, die Beachtung verdient.

Damit wollen wir heute unsere Arbeit vorläufig beenden. Gegen Monatschluß werden wir über die Mitgliederbewegung und die Unterstützungsleistungen der Breslauer Gewerkschaftsbewegung berichten. Das eine aber können wir heute schon feststellen: Die wirtschaftlichen Kämpfe, die hinter uns liegen, haben der freien Gewerkschaftsbewegung am Ort, wie im ganzen Lande, einen mächtigen Mitgliederzuwachs gebracht. Die General-Kommission der freien Gewerkschaften mußte schon 2 Millionen organisierte Arbeiter. Das ist ein schöner Erfolg, den wir in erster Linie unseren Gegnern mit zu verdanken haben. Wir aber rufen den Breslauer Gewerkschaftlern zu: „Haltet unzertrennlich zusammen!“ Auf zu neuen Kämpfen und zu neuen Siegen!

Was soll der Junge werden?

Die Entlassung der Schuljugend steht nahe bevor, und an die Eltern tritt die Frage heran, was der Junge werden soll. Die Antwort bedeutet eine Entscheidung für das ganze weitere Leben; sie ist also höchwichtig und sollte niemals leicht genommen werden. Die bürgerlichen Zeitungen bringen täglich viel Anzeigen, in denen die Eltern aufgefordert werden, ihren schulentlassenen Sohn in diesem oder einem anderen Berufe auszubilden zu lassen, da die Ausbildung des empfohlenen Handwerks noch große materielle und andere Vorteile in Aussicht stelle. Solche Anpreisungen sind nur darauf berechnet, ein größeres Ueberangebot von Arbeitskräften in einem bestimmten Berufe zu erreichen, um dadurch einen größeren Einfluß auf die Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewinnen.

Den Eltern ist sehr zu empfehlen, bevor sie für ihren Sohn einen Lehrvertrag abschließen, sich erst bei den Gewerkschaftsvorständen über die Branchenverhältnisse zu erkundigen, denn im Grunde genommen sind ja heute die Berufe alle überfüllt. Hiesach wird bei Abschließung von Lehrverträgen den oberflächlichen Versicherungen des Unternehmers, daß der Junge in seinem Betriebe zu einem tüchtigen Fachmanne ausgebildet werden solle, leichtsinnig Glauben geschenkt, doch in Wirklichkeit kümmern sich der Fabrikant fast gar nicht um den „Lehrling“ und er wird in den meisten Fällen der Beaufsichtigung eines Meisters oder älteren Arbeiters unterstellt. Der Betriebsvertrauensmann der zuständigen Gewerkschaft wird in solchen größeren Betrieben wohl am besten in der Lage sein, Auskunft über die Arbeitsverhältnisse in der Fabrik zu geben. Besonders sollten die Eltern darüber Erhebungen einziehen, ob die Arbeit auch der körperlichen und geistigen Veranlagung des Jungen entspricht. Bei Abschließung eines Lehrvertrages ist folgendes zu beachten:

Der Lehrvertrag muß mindestens vier Wochen nach Beginn der Lehre schriftlich abgeschlossen und von dem Lehrherrn, dem Lehrling sowie dessen gesetzlichen Vertreter, dem Vater oder Vormund, unterzeichnet werden. Wird der Lehrvertrag nicht schriftlich abgeschlossen, so kann besonders nicht auf Zahlung einer Entschädigung im Falle des Aufhebens des Lehrverhältnisses geltend gemacht werden; dagegen ist dann eine Zuführung des Lehrlings ausgeschlossen. Die Lehrzeit soll in der Regel nicht länger als drei Jahre dauern, sie darf aber den Zeitraum von vier Jahren nicht übersteigen. Leider sieht dem Lehrherrn immer noch das Recht der „väterlichen Zucht“ dem Lehrling gegenüber zu. Bei den häufig vorkommenden Uebertretungen des Zuchtigungsrechts fällt es dem Lehrling schwer, sein Recht zu finden. Nur wenn der Lehrling in solchen Fällen eine Gefährdung der Gesundheit nachweist, kann er den Lehrvertrag aufheben und auf Entschädigung klagen.

Zu häuslichen Arbeiten kann der Lehrling nur noch verwendet werden, wenn er in die häusliche Gemeinschaft des Lehrherrn aufgenommen ist, also beim Meister wohnt und Nahrung hat. Werden auch andere Lehrlinge zu solchen Arbeiten herangezogen, dann kann nach Paragraph 149,9 eine Geldstrafe bis zu 150 Mark gegen den Lehrherrn verhängt werden. Es darf auch durch Lehrverträge diese Bestimmung nicht außer Kraft gesetzt werden.

Der Lehrvertrag soll eine Probezeit von vier

Wochen, ein Monat und höchstens drei Monaten vorliegen, ein Verzicht ist nicht zulässig. Während dieser vertraglichen Probezeit kann das Lehrverhältnis von beiden Seiten ohne weiteres aufgehoben werden. Nach Ablauf der Probezeit muß ein Entlassungsgrund nach Paragraph 123, 1—3 G.D. oder ein Aufhebungsgrund nach Paragraph 124 G.D. vorliegen. Alle diese Bestimmungen sollte jeder beachten, besonders sollte niemand einen Lehrvertrag unterschreiben, den er vorher nicht genau durchgelesen hat.

Spießergerisches. Wie man in manchen Kreisen die Gleichberechtigung der Frauen einschätzt, dafür gibt das Verhalten der Inhaber dieser besseren Lokale ein Beispiel. Schon vor einigen Jahren passierte es einem hiesigen Frauenverein, der eine Befreiung im Cafe Schuster abhalten wollte, die sich eine Veranlassung angeschlossen, daß er den Bescheid erhielt: Nach 10 Uhr Abends werden alleinlebende Damen in unser Lokal nicht mehr hineingelassen. Es bedurfte erst eines Appells an den ganzen Justizbezirk bis hinab zum Portier, ehe die Vertreter sich für den bürgerlichen Verein öffneten. Dieser Lage wiederholte es sich, daß zwei Damen — höhere Beamten — vom Keller aus dem Lokal gewiesen wurden, weil sie das Cafe ohne Herrenbegleitung betreten hatten. In wieviel weiteren Tagen Frauen durch eine solche Behandlung aerauten, ist ohne weiteres ersichtlich. Es gehört ein hoher Grad von Bräuterei dazu, so zu verfahren, und ebensowohl Ungechlichkeit, daß man nicht besser zu handeln versteht, wenn man wirklich gewisse Elemente in einem Lokal nicht dulden will. Daß aber gerade die „besseren“ Lokale solche Maßnahmen glauben ergreifen zu müssen, um sich vor unerwünschten Besuch zu schützen, das ist das Berechnende an dem Vorkall.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Die Einwohnerzahl der schlesischen Städte

nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910.

Auras 1295 — (50)	Wittelswalde 8000 + (69)
Bauerwitz 2700 + (71)	Muskau 4497 + (112)
Bernhards 4591 + (111)	Münsterberg 8640 + (165)
Bernhards D. 64.900 + (6854)	Wyschnitz 17.888 + (2000)
Berthel a. D. 3500 + (467)	Ramslau 6059 — (124)
Bollshain 3278 — (83)	Ramberg a. D. 829 + (25)
Breslau 510.929 + (40.178)	Ramberg a. D. 1919 + (35)
Brieg 29.044 + (1558)	Reumarkt 5000 — (118)
Bunzlau 15.977 + (929)	Reuthe 7721 + (424)
Canth 2888 — (74)	Reuthe a. D. 18.485 + (488)
Coblenz 783 + (42)	Reuthe D. 18.852 — (1835)
Döbernhau 1266 — (86)	Reuthe D. 1400 — (19)
Falkenberg 2058 — (100)	Reuthe 25.859 + (364)
Falkenberg 8551 + (1012)	Rimptsch 2166 — (50)
Falkenberg 8787 + (331)	Ober-Glogau 7117 + (106)
Freiburg 9769 + (153)	Delitz 11.713 + (778)
Freiburg 4765 + (90)	Dölan 9031 — (108)
Friedberg a. D. 2855 + (11)	Duppeln 33.207 + (2438)
Friedland D. 1942 — (132)	Drimachau 3651 + (1)
Friedland, Reg. B., 5087 + (570)	Drausitz 2099 + (30)
Glatz 17.109 + (1058)	Drausitz 6244 + (91)
Gleiwitz 66.910 + (5813)	Freistram 5407 + (547)
Glogau 26.319 + (158)	Freistram 5281 — (89)
Gottschalk 10.648 + (112)	Gleiwitz 1933 + (36)
Göhlberg 6989 + (185)	Gleiwitz 1453 + (107)
Göhlberg 85.680 + (2048)	Grünau 2245 — (150)
Grottkau 4671 + (134)	Grünau 33.848 + (5595)
Grottkau 23.119 + (488)	Grünau 1409 + (110)
Gr.-Strehlitz 5778 + (168)	Grünau D. 2184 + (79)
Gr.-Strehlitz 3453 + (223)	Grünau D. 16.869 + (378)
Gr.-Strehlitz 4388 + (46)	Grünau 2100 + (208)
Guttenberg 8046 + (143)	Grünau 3970 + (181)
Guttenberg 6001 + (1)	Grünau 5742 + (519)
Hainau 10.453 + (333)	Grünau a. D. 1121 + (18)
Hainau 1975 + (111)	Grünau D. 1409 + (147)
Hainau 20.554 + (1289)	Hainau 2627 + (151)
Hainau 707 + (1)	Hainau 11.492 + (3574)
Hainau 5400 (384)	Hainau 15.051 + (372)
Hainau 3004 + (60)	Hainau 5945 + (270)
Hainau 2472 + (251)	Hainau 1658 + (58)
Hainau 13.633 + (226)	Hainau 1753 + (47)
Hainau 759 — (18)	Hainau 1816 + (14)
Hainau 3686 — (350)	Hainau 1012
Hainau 43.093 + (7368)	Hainau 32.223 + (1684)
Hainau a. D. 1205 — (2)	Hainau 2769 + (63)
Hainau 72.663 + (6594)	Hainau 1084 + (42)
Hainau 4247 + (233)	Hainau D. 5189 + (500)
Hainau 3700 + (372)	Hainau 7735 + (166)
Hainau 11.866 + (337)	Hainau a. D. 5183 + (905)
Hainau 560 + (58)	Hainau (14.574 + (1145)
Hainau 3337 — (144)	Hainau 9454 + (456)
Hainau 13.570 + (445)	Hainau 1179 + (91)
Hainau D. 1057 — (50)	Hainau 13.575 + (1835)
Hainau 1589 + (285)	Hainau 2498 + (104)
Hainau 15.438 + (814)	Hainau 3400 + (39)
Hainau 13.075 + (380)	Hainau 7689 + (337)
Hainau 1800 — (30)	Hainau 19.689 + (3266)
Hainau 1271 — (79)	Hainau 2374 + (19)
Hainau 1778 + (184)	Hainau 2500 + (119)
Hainau 66.568 + (6868)	Hainau 363 + (43)
Hainau 3891 — (208)	Hainau 1416 + (109)
Hainau 3514 + (64)	Hainau 1839 + (35)
Hainau 6834 + (662)	Hainau 2300 + (213)
Hainau 3091 + (145)	Hainau 5214 + (593)
Hainau 3430 — (226)	Hainau 2635 + (83)
Hainau 7799 + (231)	Hainau 9000 + (390)
Hainau 2338 — (138)	Hainau a. D. 2308 + (38)
Hainau 3836 + (124)	Hainau 2843 + (27)

Die größten Landgemeinden Schlesiens. Rabitz 63.083 + (7453), Rabitz 27.068 + (1093), Wischnitz 22.704 + (4818), Langenbielau 13.866 — (1161), Grottkau 12.835 + (3082), Wylau 18.171 + (929), Balenz 17.888 + (2000), Altmasser 17.317 + (719), Schwentochowitz 16.578 + (1781), Langenbielau 16.164 + (1056), Müllersdorf 13.742 + (4287), Domb 13.595 + (2756), Dittersbach 12577 + (1209), Roschin 11.562 + (1270), Nieder-Sermsdorf 11.378 — (805), Weiskau 11.097 + (485), Scharlau 11.020 + (1175), Schöppin 10.022 + (1141), Antonienhöhe 9289 + (909), Ober-Schöppin 7481 + (435), Brodan 7934 + (701), Peterswalben 6992 + (315), Reuthe 6245 + (122), Scharlau 6222 — (242), Scharlau 4907 + (729), Ober-Schöppin 4843 + (84), Dömitz 4634 + (334), Reuthe 3688 — (288), Nieder-Schöppin 3435 + (2) und Wälkwalderdorf 2215 — (194).

Bohensalze, 27. Januar. Keine Vaterlandskriegsteiligkeit. Scher verriet wurde Sonntag Abend ein Minister der 13. Kompanie des hiesigen Infanterieregiments Nr. 140 von zwei blauen noch nicht ermittelten Soldaten der zweiten Bataillon. Der Mann bestand sich mit einem Messer auf dem Rücken auf, als er plötzlich von zwei hinter ihm herkommenden Soldaten zur Freigabe des Rückens aufgefordert wurde. Als er das nicht tat, blieben die beiden Soldaten mit ihren Säbeln an ihm. Der Begegnung der rechten Hand wurde ihm bis auf den Knochen durchgeschlagen. Der Verletzte wurde sofort nach dem Garnisonlazarett geschafft. Nach 3 Uhr wurde noch das ganze zweite Bataillon alarmiert, um die Täter festzustellen. Dem Verletzten wird vorwiegend die Verletzung abgeheilt werden müssen.

1. Beilage zu Nr. 24 der „Volkswacht“.

Donnerabend, den 28. Januar 1911.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. Januar.

Beschichtskalender.

28. Januar.

814 Karl der Große +.
1871 Kapitulation von Paris.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Ihr Gepräge erhielt die gestrige Versammlung der Stadtverordneten durch die Beratung zweier Vorlagen, die eng mit einander verknüpft sind, und die die Ausführung einer Gedenkfeier zum 100jährigen Jubiläum der Befreiungskriege zum Ziel haben. Vorher hatte der Oberbürgermeister den neugewählten Stadtrat Grund, nationalliberalen Kandidaten für Breslau-Ost, in sein Amt eingeführt, und dabei seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß der Magistrat wieder einmal vollzählig sei. Wenn das neue Mitglied als Inhaber einer Privatfirma in sein Amt gewählt wurde, so sei das eine durchaus erwünschte Erscheinung; der Vorgang werde die Herrschaft des Gewählten an der städtischen Arbeit nicht beeinträchtigen, wohl aber weitere Kenntnisse dem Kollegium übermitteln.

Dann erledigte man in rascher Reihenfolge eine Anzahl jener Vorlagen, die schon längere Zeit auf der Tagesordnung stehen; die Arbeitslosen-Versicherung mußte ausgenommen werden, da eine Ökonomie-Zündung den Genossen Neutritt an längeren Ausführungen verhinderte.

Man kam also bald zu den „großen“ Anträgen: 100.000 Mark als Garantiefonds für eine Hundertjahr-Ausstellung zu bewilligen, und dieser Ausstellung in Gestalt einer massiven Stadthalle ein Heim zu bieten. Einige Komplikationen ergaben sich, weil die eigentliche Festvorlage, die auf der bewilligten Halle fußt, zuerst zur Beratung kam, ehe also über die Grundlage des Ganzen eine Einigung erzielt war. Stadtv. Professor Kaufmann begründete den Antrag des Magistrats, im Jahre 1913 eine patriotische Feier zu veranstalten, und in deren Mitte eine Ausstellung zu setzen, mit der ihm eigenen Wärme. Breslau und Schlesien seien die historischen Stätten, von denen die Erhebung gegen die französische Zwingherrschaft ausgegangen ist, und die freiheitliche, verfassungsmäßige Entwicklung Preußens ihren Ausgang nahm. Er sehe es am liebsten, wenn die ganze Versammlung sich zu einstimmiger Bejahung der Festvorlage entschlösse. Diesen Wunsch konnten die Sozialdemokraten natürlich nicht entsprechen, in ihrem Namen gab Genosse Löbe folgende Erklärung ab:

Obgleich wir die mannigfachen Fortschritte begrüßen, die durch die von Frankreich ausgehenden Umwälzungen im Anfang des vorigen Jahrhunderts auch in Preußen herbeigeführt worden sind und zu denen z. B. die Einführung der Städteordnung gehört, anerkennen wir doch nicht die Bedeutung jener großen Volksbewegung, die der Ausplünderung unserer Provinz durch eine fremde Soldateska mit bewaffneter Hand entgegenkam. Unter jenen Umständen litt ja besonders auch die Stadt Breslau, deren Bürgerschaft von französischen, aber auch süddeutschen Söldnerscharen bis aufs Blut ausgelogen wurde. Mein alle Anzeichen sprechen dafür, daß diese Gedenkfeier wie frühere ähnlicher Art in einem schauvinistischen und byzantinischen Rahmen gelegt wird, dem wir unsere Zustimmung nicht geben können. Sie wird der Guldigung für einen König gelten, der den letzten wehrfähigen Mann aus dem Volke durch das Versprechen einer Verfassung in die Reihen der Kämpfer geführt hat und der dann, als die

ermatteten Scharen aus dem Feindesland zurückkehrten, sich den Wortbruch an diesem Versprechungsversprechen beging. (Unruhe bei den Konservativen.) Ihr Wurren kann höchstens zeigen, daß Sie die politischen Vorgänge der damaligen Zeit nicht kennen. Die Namen Jahn, Ernst Moritz Arndt, Görres ragen nach dem Tode ihrer Träger noch als Schwurzeugen für die Richtigkeit meiner Behauptung hervor, und gerade Herr Professor Kaufmann wird in Erinnerung an die Karlsbader Beschlüsse, welche die Universitäten unter schroffe Polizeiaufsicht stellten, an die finsternen Jahre der Reaktion erinnert, die auf 1815 folgten, unter der die besten und freiesten Deutschen am meisten gelitten haben. Und wenn Preußen heute noch unter einer volksfremden und volksfeindlichen Verwaltung schmachtet, so sind auch das Folgeerscheinungen der damaligen Reaktion. Eine Gedenkfeier an diese Zeit müßte deshalb unter ganz anderen Gesichtspunkten stattfinden, als sie in den Vorfällen niedergelegt sind. Wir glauben, bei diesem unseren Protest auch die aufrechten Teile des Bürgertums auf unserer Seite zu haben. Ihre Väter waren es, die um die Frucht ihrer Opferwilligkeit gekommen sind. Das Proletariat hatte die Weltbühne ja noch nicht betreten. Aber auch wenn wir allein stehen, wollen wir diesen unseren Standpunkt im Namen des großen Teils der Bürgerschaft und besonders der Arbeiter, die wir hier zu vertreten die Ehre haben, offen und scharfen Ausdruck geben. Wir lehnen die Vorlage ab.

Wie zu erwarten war, knüpfte sich hieran eine lebhaft debattierte. Herr Professor Kaufmann konnte die Feststellungen des Genossen Löbe nicht bestreiten; er mußte vielmehr das Walten eines schwachen, unselbständigen, diesen Gemüngen unterliegenden Königs zugeben, suchte aber immerhin den Wortbruch zu beschönigen, da „Gottes Mühlen ja immer langsam mahlen“. Jedenfalls sollte man die Beteiligung an der Feier von solchen Unzuverlässigkeiten nicht abhängig machen. Auch Professor Wohlauer bedauerte die Stellung der Sozialdemokraten, gab aber weit darüber hinaus zu, daß das begeisterte Volk damals sogar mit einer gewissen Eile um die Früchte seines Sieges gebracht wurde. Herr Oberbürgermeister Wender suchte zu beschwichtigen. Ueber dem Kleinsten, Nickenhaften, hätte man das Große, Erhebende nicht vergessen. Und indem er bestritt, daß eine Feier „byzantinischen“ Charakters geplant sei, fühlte er sich doch dazu getrieben, einen Preußenkönig emporzuheben, über den die Geschichte bereits ihr Urteil in unerbittlicher Weise abgegeben hat. Herr Heilberg wünscht, daß alles wegschleichen möge, was nach 1815 kam, will aber doch als Anhänger der Friedensidee nicht die Freiheitskriege selbst gefeiert sehen. Diese Situation suchten sich nun zwei Herren der Rechten zunutze zu machen, indem sie sich — besonders Herr Dr. Herschel — als alleinige, echte Hüter des preussischen Königsglaubens aufspielten, und den Freisinn der Unsicherheit in vaterländischen Fragen ziehen. Doch war der zweite Redner, Herr Dr. Peuler, so gerecht, zuzugeben, daß an einem Fest mit solcher Spitze die Sozialdemokraten aus ihren Grundrissen heraus nicht teilnehmen können. Der etwas sehr plumpe Versuch des Herrn Herschel, als Hyäne des Schlachtfeldes tätig zu sein, wurde durch Herrn Stadtv. Gein, der ziemlich scharf sprach, und Genossen Löbe kräftig angeprangert und die Hyäne verjagt.

Die Vorlage wurde im Prinzip angenommen, zur Prüfung aber den Ausschüssen überwiesen. In ihre Beratung hatte schon der Streit um die Erbauung der Festhalle in Scheitern hineingespielt, der jetzt weitergeführt wurde.

Die Herren Dettlinger und Tilgner sprachen sich namens der vorbereitenden Ausschüsse für den Bau der großen, 9300 Personen fassenden Versammlungs- und Fest-

halle auf dem Scheitniger Rennplatz aus, deren Angelegenheiten Herr Stadtbaurat Berg in längerer Rede erläuterte, und die überdies in übersichtlichen Bildern der Versammlung schmuckhaft gemacht wurde. In eine merkwürdige Begeisterung gegen den Hallenbau redete sich Stadtv. Gantke hinein, während Genosse Schütz erklärte, daß die Sozialdemokraten in diesem Bau ein Kulturwerk sehen, dem sie sympathisch gegenüberstehen. Sie müßten ihre Abstimmung jedoch von der Zustimmung abhängig machen, daß die Halle allen Parteien und Konfessionen ohne Unterschied zur Benutzung freigegeben würde. Diese Zustimmung erhielt Genosse Schütz, und nachdem die Fremdenverkehrsvereine Heibrich und Wolff in ihren Jungferntreden eine kräftige Lanze für den Bau gebrochen, erfolgte die Annahme mit großer Mehrheit.

Aus den Debatten haben wir folgendes hervorgehoben:

Hundertjahrfeier der Freiheitskriege.

Stadtv. Prof. Kaufmann (natlib.): Diese Anträge sind getragen von weiten Gesichtspunkten. Alle Gegenstände müssen verschwinden vor den großen Aufgaben, die wir zu erfüllen haben. Breslau, das so lange zurückgestellt wurde, ist die Stadt, von der die große Bewegung vor hundert Jahren ausging, hier war der Punkt, wo das Herz der Bewegung schlug. Wir müssen dem Magistrat danken, daß er uns hineingeführt hat in die Aufgabe, das hundertjährige Jubiläum der Freiheitskriege durch eine große Ausstellung zu begehen, die sich im Rahmen der damaligen Kultur und Kunst halten soll. Breslau ist wirklich der Punkt gewesen, von dem die Bewegung ausging, die uns erst zum Volke gemacht hat. Wir waren damals ein abstrakt regiertes Volk. Der damalige König aber war kein Mann, es war eine unbewusste Persönlichkeit. Die Bürgerschaft aber war es und in erster Reihe Professor Steffens, die sich über alle Bedenken hinwegsetzten und diese Bewegung schufen. Der Breslauer Magistrat gehörte damals auch zu den Ärgerten. Er petitionierte sogar, daß die besseren Bürger der Armee nicht eingereicht werden sollten. Der Krieg war wirklich ein Volkskrieg und wir sind damals das Herz Deutschlands gewesen.

Stadtv. Löbe gibt hierauf die oben mitgeteilte Erklärung ab, die von den Konservativen teilweise mit Unruhe aufgenommen wird.

Stadtv. Hamburger (fortsch.): Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Feier stattfinden soll. Aber die Vorlage faßt allein auf der Ausstellungshalle, während wir ein Volk fest wollen. Die Ausstellung soll nicht die Hauptsache sein, sondern wir wollen unter jeder Bedingung eine Feier.

Stadtv. Professor Kaufmann (natlib.): Ich muß Herrn Löbe widersprechen, daß der König das Volk mit einem Verfassungsversprechen aufgerufen, und sein Wort nicht gehalten hat. Gewiß hat er eine Verfassung versprochen, die Ausführung ist aber auch in Angriff genommen worden. So haben wir die allgemeine Wehrpflicht bekommen, die ein Stück Verfassung ist. Die Bewegung ist nicht eine Folge des Verfassungsversprechens des Königs gewesen, sondern sie ist aus der Entrüstung heraufgewachsen über den Zustand des fremden Druckes. Wenn der König dann nach 1815 sein gegebenes Versprechen nicht erfüllt hat, so lag das an den veränderten Situationen. Der König hatte kein Vertrauen zum Volke, er erlag vielmehr gewissen Einflüssen. So einfach wie Herr Löbe sich das denkt, geht es nicht in der Weltgeschichte. Gottes Mühlen mahlen langsam. (Heiterkeit.) Es dauerte noch eine Zeit, ehe das Volk in Preußen reif war, um Träger der Verfassung werden zu können. Die Bewegung aber ist der Anfang unserer ganzen Entwicklung im 19. Jahrhundert gewesen.

Stadtv. Dr. Wohlauer (fortsch.): Es wundert mich, daß der sonst so überlegte Kollege Löbe sich zu solchen Ausführungen konnte hinreißen lassen. Es handelt sich doch nicht um das, was nach den Freiheitskämpfen folgte, sondern um das Ereignis selbst, das wir feiern wollen. Die vorläufigen Verfassungskämpfe lehren allerdings, mit welcher Eile es geradezu das gegebene Verfassungsversprechen gedeutet worden ist. Aber diese Bewegung kam ja gegen den anfänglichen Willen des Königs zustande. Die größte moralische Tat ging nicht von Breslau, sondern von Nürnberg aus, wo man sich entgegen dem Willen des Königs erhob. Die Kämpfer vor hundert Jahren haben die Hoffnung gehabt, die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes zu erkämpfen, und in dem Sinne wollen wir das Fest feiern, unbelümmert um das, was nachher sich herausgestellt hat.

Oberbürgermeister Wender: Wir haben nicht erwartet, daß wir bei dieser Vorlage von Herrn Löbe würden erinnert werden an die Fehler eines Königs, der vor hundert Jahren in Preußen ge-

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Tolstois dramatisches Vermächtnis. Dem Kaiserlichen Theater in Moskau sind außer dem Drama „Leichen“ aus dem Nachlaß Tolstois noch zwei Theaterstücke zur Verfügung gestellt worden. Das eine ist eine zweiaktige Komödie mit dem Titel „Alle Eigenschaften stammen von ihm“. Gemeint ist der Branntwein. Die Handlung spielt in einem Dorf. Das Stück soll vorzüglich geschrieben sein und alle Schönheiten der Tolstoischen Schreibweise besitzen. Die Komödie wird im nächsten Jahr zur Aufführung gelangen, sie stellt die letzte belletristische Arbeit Tolstois dar, denn seine eigenhändige Bemerkung sagt, daß sie im Mai und Juni 1910 geschrieben wurde.

Das zweite Stück umfaßt eine Reihe von Szenen und Dialogen unter dem Titel „Kinderweisheit“. Seine Inhaltsgang dürfte mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein. Das Stück enthält zehn Gespräche von Kindern mit Erwachsenen und von Kindern untereinander.

60.000 neue Sterne entdeckt. Unter den neuangelegten Sitzungen, die Andrew Carnegie wissenschaftlichen Instituten hat zuteil werden lassen, befindet sich auch das Geschenk eines neuen Teleskops für das Observatorium auf dem Mount Wilson in Kalifornien. Bei dieser Gelegenheit wird in dem „Times“ daran erinnert, daß die Astronomen dieses Observatoriums bereits 60.000 neue Sterne entdeckt haben, es ist zu erwarten, daß diese Zahl mit Hilfe des neuen ausgezeichneten Teleskops noch beträchtlich vergrößert werden wird.

Bei dem Erdbeben in Turkestan ist, wie die britische Presse berichtet, die Beobachtung gemacht worden, daß die Tiere bedeutend früher sensible haben sich darin zeigen, die plötzlich umhinstehen und herumlaufen und zu wanken begannen, noch ehe die Menschen von den ersten stärksten Erdstößen aus dem Schlafe geweckt wurden. Auch das Hauswiesel geriet in fürchterliche Unruhe. Die Hunde liefen aus den Häusern und begannen auf den Straßen zu bellen und zu heulen.

Aus aller Welt.

Im Südpazifik über den Atlantischen Ozean. Das Weltmann mit magnetischen Mitteln und ohne sonstige Vorbereitungen als Kommandant vermisst hat, wird im nächsten Jahr als wissenschaftlich und technisch wohlüberlegter Plan unternommen werden der Flug über den Ozean. Die Expedition soll Anfang Mai des kommenden Jahres von Porto Grande auf der Kapverdischen Insel

ausgehen und verlaufen, in welcher Richtung südwestlicher Richtung die Nordküste Südamerikas oder eine der kleinen Antillen zu erreichen. Bei einer Fahrtdauer von etwa fünf Tagen ist eine Wegstrecke von 3500 bis 4000 Kilometern zurückzulegen. Das Luftschiff „Sudard“ ist für seine besondere Aufgabe in jeder Weise ausgerüstet. An Stelle einer Gondel trägt die Gaskübel, die bei einem Durchmesser von 17,2 Metern und einer Länge von 60 Metern etwa 900 Kubikmeter Luft, ein leichtflüchtiges Gas, das durch dielektrischen Motor, die die Luftverdichter antreiben, und auch mit Hilfe einer Wasserschraube bewegt werden kann.

Karl Dr. Eugen Alt in München bespricht in Petermanns Mitteilungen die wissenschaftlichen Voraussetzungen und Konsequenzen des Planes. Die Route, die die transatlantische Expedition verfolgen will, liegt im Gebiet des Nordpazifiks. Die Reliabilität der besonders von der deutschen Erwartung in den sogenannten Quadrantenarbeiten niedergelegten Untersuchungen über die Luftführung fordern geradezu heraus, gründliche Versuche der Luftschiffahrt in dieses Gebiet mehr oder weniger gleichmäßiger Winde zu verlegen. In diesem Ausmaß einflüchtiger meteorologischer oder allgemeiner grobphysikalischer Vorbedingungen für Versuche der Luftschiffahrt liegt die Hauptbedeutung der neuen Expedition. Professor Berger hat es einmal ausgedrückt, die Aeronauteik müsse ebenso wie Geologie suchen wie die Schiffahrt und die transatlantische Expedition darf den Anspruch erheben, als erste diese wichtige Aufgabe im großen zu versuchen.

Die Bahnhofsstat eines besetzten Pioniers. Die bayerische Militärbehörde läßt folgenden amtlichen Bericht in Speyer ausgeben: Pionier Klog der 2. Komp. des 2. Pionier-Bataillons verließ die Kaserne unter Mithahme seines Dienstgewehrs und einer größeren Anzahl scharfer Patronen, die er sich durch Erbrechen eines Patronenkastens verschafft hatte. Er begab sich nach Dudenhofen, wo er einen dortigen bewachten Kameraden aufsuchte. Als es diesem nicht gelang, ihn zur Rückkehr in die Kaserne zu bewegen, fuhr dieser mit dem Rad in die Kaserne und erstattete Meldung.

Von seinen drei Bataillons wurde der Kompaniechef, ein Leutnant und mehrere Unteroffiziere, die mit Gewehr und Patronen ausgerüstet waren abgeholt, um den Klog zunächst durch gütliches Zureden zur Rückkehr zu veranlassen, wenn er aber Widerstand leisten sollte, seine Festnahme zu erlangen. Pionier Klog zeigte sich gütlichen Zureden unzugänglich und zog sich unter Drohungen mit der Waffe in den Dudenhofener Gemeindefriedhof. Von dort aus feuerte er zehn Schüsse auf Unteroffiziere und Unteroffiziere und verletzete hierbei den Unteroffizier Carl der 2. Kompanie, der hinter einem Baume Deckung gesucht hatte, schwer, den von der Beobachtungsposten abgehenden Gendarmen Ludwig Klotter. Als Klog sah, daß er zum Ziele ge-

troffen hatte, begab er sich in eine an der Jagelheimer Straße gelegene Schugrille und erschoss sich dort. Der schwer verwundete Unteroffizier wurde in das Lazarett gebracht, der Gendarm in das St. Vincenz-Krankenhaus.

Nach einem vorgehenden Briefe scheint Klog seine wahnsinnige Tat in großer Erregung über eine Liebesangelegenheit und unter Einwirkung von übermäßigem Alkoholgenuss ausgeführt zu haben.

Die chinesische Pestgefahr. Das Stadtgebiet von Chardin ist von dem pestverdächtigsten Vorort Fudjanshan und den anliegenden Dörfern auf einer Strecke von 15 Werst durch Polizeiposten abgesperrt worden. — Am 24. d. M. waren wegen Pestverdachts 1252 Personen in Beobachtung, unter ihnen zwei Europäer; in den letzten 24 Stunden sind 39 Personen an Pest gestorben.

Verjunkte Schätze. Die Schätze, die in den Tiefen des Ozeans verjunkt liegen, sind weit größer, als die Wünsche Phantastie es sich auszumalen pflegt, Hunderte und Hunderte von Millionen gemünzten Goldes und Silbers schlummern in den Meeren. Im Hafen von La Plata, so wird im London Magazine erzählt, konnte Phipps zu Beginn des 17. Jahrhunderts nicht weniger als 33 Tonnen gemünzten Silbers aus der Tiefe retten. Aber hier hatte es der Zufall gefügt, daß das Schiff im Hafen gescheitert war, während Tausende von anderen Fahrzeugen, die mit Schätzen beladen waren, an unbekannteren Stellen versanken und bis heute verschollen geblieben sind. Im Jahre 1702 sank in der Bai von Vigo eine spanische Gallione, die die ganzen Schätze an Bord führte, die während einer Dauer von vier Jahren in Mexiko gesammelt worden waren. Der Wert der Ladung, die aus gemünztem Gold, Silber und Edelsteinen bestand, dürfte noch Millionen. Die unüberwindliche Armada, die an der irdischen Rüste verjunkt wurde, führte auch große Schätze an Bord. Damals wurden 34 prachtvolle Gallionen von den Wasserten verjungen. Bei der Schlacht von Navarin im Jahre 1827 wurden von der englischen Flotte türkische Schiffe in den Grund geboden, die Schätze im Werte von mehr als 20 Millionen Mark enthielten. Ein anderes Schiff, ein englisches, das im Hafen von Vico sank nahm einen Schatz von 120 Millionen Mark mit in die Tiefe, ohne daß es gelang etwas von dem Gelde wieder zu retten. Die Hoffnung, diese Schätze wiederzugewinnen, ist sehr gering, und bisher waren es auch nur wenige Expeditionen, die derartige Versuche anstellten. Sie endeten alle mit einem Mißerfolge, die Schätze die das Meer einmal aufgenommen hat, gibt es nicht mehr heraus.

2. Beilage zu Nr. 24 der „Volkswacht“.

Samstag, den 28. Januar 1911.

Deutscher Reichstag.

116. Sitzung, Donnerstag, den 26. Januar, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrat: v. Bethmann-Hollweg, Dr. Delbrück, Lisco, Wermuth, Korn v. Sulach.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Gesetz-entwürfe über eine

Verfassung für Elsaß-Lothringen

und die Wahlen zur 2. Kammer des Landtags für Elsaß-Lothringen Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Frage der definitiven Regelung des Rechtszustandes von Elsaß-Lothringen ist wiederholt in den Reichslanden und auch hier erörtert worden. Auch eine reiche Literatur ist darüber entstanden. Daß die Frage dadurch nicht geklärt wurde, ist nicht verwunderlich, denn sie ist sehr kompliziert. Wichtig ist sie nicht nur für die Elsaß-Lothringer, sondern auch für das Reich, und ganz besondere Schwierigkeiten ergeben sich noch aus der Natur des Reichslandes als gemeinsamer Besitz der Bundesstaaten. Bismarck kannte diese Schwierigkeiten wohl, er zog seine Zeit die Schaffung des Reichslandes der Eingliederung in Preußen vor, die Elsaß-Lothringer, meinte er, würden lieber Deutsche sein als Preußen und Elsaß-Lothringen sollte unmittelbar Reichsland bleiben, bis die Elsaß-Lothringer in der deutschen Völkergemeinschaft mündig geworden und selbst in der Lage seien, ihre Wünsche über die Gestaltung ihrer Beziehungen zu Deutschland zu äußern.

Hebner weist einen Rückblick auf die Vergangenheit Elsaß-Lothringens: Bei der Eingliederung war es Land im wesentlichen deutsch, doch habe sich infolge der mächtigen französischen Traditionen eine gewisse Mischung von französischem und deutschem Recht geltend gemacht. An Stelle dieses Profites sei aber jetzt ein Zustand getreten, der sich auf den Boden des historisch Gewordenen stellt. Die deutsche Kultur sei im Begriffe, die fremdländische zu überwinden, wenn die Politik, die auf eine allmähliche Verschmelzung der Reichslande mit dem deutschen Vaterlande herausläuft, konsequent weiterverfolgt wird.

Die Elsaß-Lothringer selbst wollen nun eine grundsätzliche Ausgestaltung des Reichslandes bei der Landesgesetzgebung. Dieser Wunsch ist begründet. Begründet ist auch der Wunsch der Ausgestaltung des Landesausbaus auf einem wirksamen Parlament, und damit entsteht die Frage nach dem Wahlrecht für dieses Parlament. Bei dem jetzigen Wahlrecht durch kommunale Körperschaften tritt eine klare Scheidung in Parteien nicht ein, und keine Regierung kann mit einem solchen Parlament vorwärtskommen. Es kommt hinzu, daß gerade in diesen Kreisen die französische Tradition mächtig ist, die wir überwinden wollen. Auch ein nach Besitz und Bildung abgestuftes Wahlrecht würde dieselben Kreise kühlen, deren Politik dem allgemeinen politischen Ziele entgegenzusetzen ist. (Zurufe v. d. Soz.: Gerade wie in Preußen.) Deshalb schlagen die verbündeten Regierungen das

allgemeine Wahlrecht, aber mit zwei Einschränkungen vor. Mit der Einschränkung der Altersstufen, denn gerade im Elsaß zeigte es sich, daß bei den letzten Demonstrationen die Jugendlichen und politische Unreifen die Hauptrolle spielten. Die Anteilnahme des Bundesrats in den Reichslanden war bisher eine mehr formale, aber wenn wir auf ihn verzichten, so ist zur Abschwächung der Wirkung des allgemeinen Wahlrechts eine überwachte Institution notwendig, und somit ergibt sich die Einrichtung des Oberhauses von selbst. Darin sollen die Berufskreise vertreten sein, die bei dem allgemeinen Wahlrecht zu kurz kommen, und der Kaiser soll durch die Ernennung von Mitgliedern des Bundesrats einen Ersatz für die bisherige Überwachung ausüben.

Wehrfach wird auch die Ernennung eines Statthalters auf Lebenszeit gefordert. Sie ist aber undurchführbar, dadurch würde der Kaiser und jeder Einfluß des Reichs ausgeschlossen.

Die Vorlage bedeutet einen Schritt zu dem Ziel der vollständigen Verschmelzung der Reichslande mit dem Reich. (Bravo! rechts.)

Abg. Wunderscheer (Zentr.):

Der Reichskanzler hat durch Einbringen der Vorlage sein Versprechen nur äußerlich eingehalten. Wir begreifen die Hoffnung, Elsaß-Lothringen solle als vollberechtigter Bundesstaat vom Reich aufgenommen werden. Das ist leider nicht der Fall. Die Grundlage der Verfassungsform bildet der § 1: „Die Staatsgewalt in den Reichslanden ist der Kaiser aus.“ Damit soll Elsaß-Lothringen weiterhin bloßes Reichsland sein, weiterhin ein erobertes Land, ein Volk mit Verlust der staatlichen Ehrenrechte!

Welche Erniedrigung für ein in freierwilligen Grundbesitz groß gewordenen Volk. Wie erbitternd das wirken muß, muß jeder fühlen, der nicht durch Voreingenommenheit geblendet ist. Nach einer Wartezeit von 40 Jahren hätten wir wohl volle Autonomie verlangen können. Wir wünschen einen eigenen Landesherren an

der Spitze, denn die republikanische Staatsform scheidet aus nahe-legenden Gründen aus. Will man uns das verweigern, so hätten wir doch eine Vertretung im Bundesrat bekommen müssen. Wenn von Schwierigkeiten gesprochen wird, so sind Schwierigkeiten dazu da, um überwunden zu werden. Also sprach Herr v. Bethmann hier im März vorigen Jahres. (Weiterkeit und Hört, hört!) Wenn wir durchaus einen Statthalter haben sollen, so muß er wenigstens lebenslänglich und kein bloßer Mandatar preussischer Interessen sein. Inpreußen ist, daß die Verfassung Elsaß-Lothringens eine selbständige Gesetzgebung und an Stelle des indirekten Wahlrechts in dem Reichstag angenähertes Wahlrecht gibt. Indessen wird die Kommission noch viele Einzelheiten verbessern müssen. Unannehmbar sind für uns die erste Kammer in der Gestalt des Entwurfes mit dem zu weitgehenden Ernennungsrecht des Kaisers, die Übertragung der Wahlprüfungen an den aus abhängigen Beamten bestehenden kaiserlichen Rat und die Bestimmung, daß Veränderungen der Wahlkreiseinteilung auf dem Verordnungswege erfolgen sollen. Der Entwurf ist eine geeignete Grundlage, beharrt aber noch sehr der besten Hand. In treuer, gemeinsamer Arbeit müssen Bundesrat und Reichstag die Schwierigkeiten überwinden. (Vebh. Beifall im Zentrum.)

Abg. Emmel (Soz.):

Die ruhige Art des Staatssekretärs nach vorstehend ab von der maßlosen Sprache der chauvinistischen albertischen Presse. Die Gegner Elsaß-Lothringens suchen besonders vor den sogenannten reichsständischen „Nationalisten“ ernstlich zu machen. Aber die Wetteler, Preiß usw. sind wirklich nicht so fürchterliche Leute. Sie haben Herrn von Koller direkt aus der Hand gefressen. (Große Heiterkeit.) Damals wollten sie sogar den Kaiser zum Landesherren haben, als sie aber beim neuen, noch dazu landesingeweihten Staatssekretär Korn von Putsch den Anstoß verpassten, da wurden sie wild und

minuten Republikanismus,

obwohl eben Herr Wunderscheer die Republik als inakzeptabel bezeichnet hat.

Wir deutschen Sozialdemokraten haben oftmals in vollem Einklang mit unseren französischen Genossen, namentlich mit Jaures, auf die einzige bestehende Lösung der Elsaß-Lothringischen Frage verwiesen. Sie lautet: völlige Gleichberechtigung für Elsaß-Lothringen und friedliche Verschmelzung mit Frankreich. (Vebh. Zustimmung v. d. Sozialdemokraten.)

Nun zum Gesetzentwurf selbst. Er bringt

eine Verprechtung des Reichslandes

und ist, abgesehen vom Wahlrecht, eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes. (Zehr richtig! links.) Wer einer Selbstständigkeit Elsaß-Lothringens ist nicht im entferntesten die Rede. Die Erhebung zum Bundesstaat wird unter nichtigen Einwänden abgelehnt, der Reichstag völlig angeschlossen. Was wird dem neuen Landtag übertragen, der zur Hälfte vom König von Preußen ernannt wird. Der Gesetzentwurf widerspricht direkt den Versprechungen, die man vor 40 Jahren den Elsaß-Lothringern gemacht hat. Im Gesetzentwurf über die Eingliederung steht ausdrücklich, daß auf eine Vertretung im Bundesrat hingewirkt werden solle. (Vebh. Hört! bei den Soz.) Elsaß-Lothringen trägt die gleichen Lasten wie die anderen Staaten, es müssen ihm deshalb auch die gleichen Rechte eingeräumt werden. (Beifall links.)

Wenn die Begründung dieses Entwurfs behauptet, der Kaiser hätte das Gesetzgebungsrecht, so ist das ein Beweis für die

Selbstherrlichkeit von Regierungserklärungen.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn jetzt der Bundesrat widerspruchlos der Verprechtung Elsaß-Lothringens zugestimmt hat, so beweist das, daß der bayerische Löwe zahm geworden ist. (Oh! im Zentr.) Ich meine nur, soweit die Vertretung im Bundesrat in Frage kommt. (Weiterkeit.) Bayern hätte gegen dieses einnehmende Wesen Preußens Einspruch erheben müssen. (Weiterkeit.)

Die Bevölkerung Elsaß-Lothringens ist mit dieser Regelung nicht zufrieden. Eine Volksabstimmung würde das deutlich zeigen. Für diese Verprechtung bedankt sich die Bevölkerung in der Zeit der Mobiler Polizeistände, der Landratswahlen, zu einer Zeit, wo in Preußen Ausnahmezustände gegen die Arbeiter verlangt werden. (Vebh. Zustimmung v. d. Soz.) Diese Verprechtung würde eine große Verbitterung hervorrufen und die Germanisierungsbemühungen lähmen. Deutsch sind die Elsaß-Lothringer, und deutsch wollen sie bleiben, wenn man sie in Ruhe läßt, aber preussisch wollen sie nicht werden. (Sehr wahr! v. d. Soz.) Das Schicksal der Polen und Dänen in Preußen wollen sie nicht teilen. Sie wollen Selbstverwaltung und Selbstständigkeit, und zwar

unter republikanischer, nicht unter monarchischer Staatsform.

Das wünscht die große Masse der Bevölkerung, und das entspricht auch dem Interesse des Reichs. Die Furcht vor der republikanischen

Staatsform, die wie ja in Hamburg, Bremen und Lübeck haben, ist geradezu kindisch. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die republikanische Staatsform ist billiger, einfacher, schützt vor Unfähigkeit und in ihr ist das angeblichste Uebermaßentum unmöglich. Freilich kommen auch in Republiken Uebermassungen vor. (Sehr richtig! rechts. Ach, der Republikaner hat's nicht! Sehr richtig! Heiterkeit.) Jedenfalls sind aber Uebermassungen seltener und ungelegener Personen sind in Republiken leichter zu entfernen, als in Monarchien. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Denn nicht alle Monarchen sind so modern, wie der letzte König von Portugal, der friedlich seiner Wege gegangen ist.

Der Staatssekretär erklärte eine erste Kammer für notwendig und den Landesausschuß für gänzlich unbrauchbar. Trotzdem will er die erste Kammer ähnlich zusammenlegen wie den Landesausschuß. Es ist traurig, daß ganze Gruppen sich nach einer Vertretung in der ersten Kammer drängen. Die Mittelalten wollen sogar statt ihrer beiden Bischöfe ganze Domkapitel hineinbringen. (Heiterkeit.) Nur die Nachwächter und Sunbefänger haben sich noch nicht gemeldet. (Unruhe rechts.) Diese Leute, die sich so sehr nach der ersten Kammer drängen, die muß man verächtlich machen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) und wenn es auf den Wert der Arbeit ankommt, dann haben die, die sich hineinbringen, weniger Anspruch auf eine Vertretung, als die Sunbefänger und die Nachwächter. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die ganze Vorlage ist ein Produkt des Mißtrauens gegen das Volk. Vom Volke aber wird Vertrauen verlangt. Das Wahlrecht soll zwar allgemein, aber nicht gleich sein und die jungen Leute, welche deutsche Schulen besucht und in deutscher Sprache gebildet haben, sollen benachteiligt werden. Rehorsant aber gegenüber den Arbeitern, die sich als Deutsche fühlen, sollen die nationalfremden und Mittelalten Kreise werden, die ihre freie Zeit in Frankreich verbringen und die guten Seiten Deutschlands nicht kennen. (Zuruf rechts.) Abgesehen von Preußen hat Deutschland keine guten Seiten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Geschieht diese Begünstigung der nationalfremden Mittelalten Kreise

aus Angst vor der Arbeiterbewegung

oder aus Liebe zum schwarzen-blauen Hof? Wir protestieren gegen diese Verhöhnung des Wahlrechts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und zum Schutze gegen diese, aus einem verbotenen Wahlrecht hervorgegangene zweite Kammer will man auch noch eine erste einführen. Wir lehnen den Gedanken einer ersten Kammer überhaupt ab, wir wollen keine Gesetzgebungsstellen. (Weiterkeit.) In anderen Ländern schafft man Dynastien und Oberhäupter ab, bei uns führt man diese Mittelalterlichkeiten ein.

Wir verlangen für Elsaß-Lothringen die republikanische Staatsform, gestützt auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Dann werden die Festsitzenden an die Spitze kommen. Die Scheinrepublik mit dem lebenslänglichen Statthalter lehnen wir gleichfalls ab. Das Wahlrecht muß beiden Geschlechtern vom 21. Lebensjahre ab gegeben werden. Daneben müssen Volksabstimmungen treten, die das Parlament zu kontrollieren haben, und selbstverständlich muß Elsaß-Lothringen eine seiner Kräfte angemessene Vertretung im Bundesrat erhalten. Die Regierung aber muß der Volksvertretung verantwortlich sein. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir beantragen Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. In der Kommission werden wir bestrebt sein, dem Grundsatze Geltung zu verschaffen:

alles für das Volk, und alles durch das Volk!

(Vebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Waffermann (Ntl.):

Die Vorlage hat bisher ja keine freundliche Aufnahme gefunden. Wir unterlassen selten in dem Entwurf eine geeignete Grundlage, ohne uns mit allen Einzelheiten identifizieren zu wollen. Auf keinen Fall dürfen wir den reichsständischen Nationalismus stärken, sollen aber diesen Regungen auch keine übertriebene Bedeutung beimessen. Lokale Krawalle zu kommen überall vor. Ebenso wie die Wahrung der Staatsautorität wünschen wir aber auch, daß das Reichsland der reichsständischen Regierungskreise mit den nationalfremden Elementen auflöst. (Vebh. Zustimmung v. d. Nationalen.)

Die Aufgabe einer verständigen Regierung ist es, zur rechten Zeit Zugeständnisse zu machen. (Vebh. Zustimmung v. d. Nationalen.) Sonst ereignet es sich oft, daß die Veränderungen in viel radikaler Weise eintreten. (Ermüdete lebhaft Zustimmung links. Zuruf v. d. Soz.: Preußen!) Wir Nationalen verlangen für Elsaß-Lothringen eine wirkliche, aus Volkswahlen hervorgehende Volksvertretung

Aus aller Welt.

Die „Größten“. Vor hundert Jahren gab es im Gebiet des heutigen Deutschen Reiches nur zwei Städte mit mehr als hunderttausend Einwohnern: Berlin und Hamburg. Beide sind heute noch die größten unter den Großen; beide sind die „bemosten Häuser“ in der Klasse der deutschen Großstädte. In ihren Klässen läßt sich jedoch nicht „stippen“. Berlin ist Berlin, die „Vichstadt“, das „Universtum“, um mit Viktor Hugo zu reden, und Hamburg fehlen gegenwärtig nur noch an sechzigtausend Einwohnern zur Million. Auch Hamburg ist in absehbarer Zeit nicht einzuholen. Nun aber kommen die Veränderungen. Der dritte in der Klasse war über sechzig Jahre lang Breslau. 1895 kam es „zwei herunter“, München und Leipzig überholten es; 1905 kam es „einen herunter“, Dresden überholte die schiffliche Hauptstadt sowohl als seine jährliche Schwelger an den Weisen; und jetzt, 1910, kommt Breslau noch „einen herunter“, Köln, die Hauptstadt der Rheinprovinz, die der östlichen Bevölkerung jahrzehntlang immer näher rückte, hat sie jetzt um tausend Seelen, 511.000 gegen 510.000, geschlagen. Gleichzeitig aber ist Dresden von Leipzig überholt worden, das München hat auf den Leib gerückt. Die Reihenfolge ist daher augenblicklich die folgende: München ist knapper dritter, Leipzig ist guter vierter, Dresden ist fünfter, Köln sechster und Breslau sechster. Den achten Platz hat seit geraumer Zeit Frankfurt am Main belegt, und es hat ihn auch jetzt sich glänzend gewahrt. 414.000 Einwohner zählt Frankfurt jetzt, und es hat Aussicht, in zehn oder fünfzehn Jahren Breslau zu überholen. Nach Köln Frankfurt! Der Sieg des Westens über den Osten!

Nach Frankfurt am Main kam bisher Nürnberg als neunter. Fünf blüht der Zuwachs weniger. Düsseldorf, das vor hundert Jahren, als Nürnbergs Ruhm schon Jahrhundertlang die Welt erfüllte, ein bedeutendes Städtchen von etwa zehntausend Einwohnern war, hat es auf den zehnten Platz zurückgebrängt und sich an die neunte Stelle gesetzt. An erster Stelle steht ein weitaus ganz kleiner, ein Ort, der noch vor vierzig Jahren knappe zwanzigtausend Einwohner hatte: Charlottenburg, das diesmal nicht weniger als vier Vorderste, Magdeburg, Chemnitz, Stuttgart und Hannover überholt hat, und wahrscheinlich bei der nächsten Zählung auch Nürnberg geschlagen haben wird. An zwölfter Stelle steht Hannover, an dreizehnter Chemnitz, das vor Stuttgart getreten ist, an vierzehnter Stuttgart, an fünfzehnter Magdeburg. An Sechszehnter in Preußen, das diesmal um 28.000 Einwohner, erheblich mehr als in früheren Zählungen, zugenommen hat, reihen sich Altdorf, das ein kleines Dorf war, als Königsberg längst die

dritt- oder viertgrößte Stadt im Gebiete des jetzigen Deutschen Reiches vorstellte, jetzt aber 236.000 Einwohner hat, und bei der nächsten Zählung abermals verschiedene Vorderste überholen wird, Dortmund mit 212.000 und Kiel mit 208.000 Einwohnern. Dazu kommen die zahlreichen deutschen Großstädte mit hunderttausend bis zweihunderttausend Einwohnern.

„Verstet“ worden in die Klasse der Großstädte sind diesmal alle, geschichtlich bedeutende Orte wie Mainz, Augsburg, Erfurt, und Städte ohne Vergangenheit, wie Saarbrücken und Wilmersdorf. 1816 hatte das jetzige Deutsche Reich zwei Städte mit mehr als hunderttausend Einwohnern; 1871 waren es über 8, 1880 11, 1890 26, 1895 28, 1900 33 und 1905 41. Jetzt dürften es ihrer 50 sein.

Verbotenes Wandern. Unter dem 15. Januar 1895 faßte der deutsche Bund einen Beschluß, der den Zweck hatte, zu verhindern, daß deutsche Handwerksgelegen im Auslande revolutionäres Gilt einbringen könnten. Heute versucht man in Preußen durch staatliche Jugendbergebung die Kinder dem Einfluß der eigenen „unheilvollsten“ Eltern zu entziehen. Demals sollten die jungen Leute nicht wissen, was in freieren Ländern erlaubt war. Der Beschluß lautete:

„Da es im Interesse des deutschen Bundes liegt, daß die deutschen Handwerksgelegen an keinen Assoziationen und Versammlungen teilnehmen, wodurch die öffentliche Ruhe im In- oder Auslande bedroht oder gefährdet werden könnte, so soll

1. das Wandern der den deutschen Bundesstaaten angehörenden Handwerksgelegen nach benachbarten Ländern und Orten, in welchen offensichtlich dergleichen Assoziationen und Versammlungen geduldet werden, so lange diese Duldung notorisch besteht, verboten sein.

2. In Abhängigkeit auf die Zurückberufung der gegenwärtig in solchen Ländern, worin Assoziationen und Versammlungen der obgedachten Art geduldet werden, befindlichen Handwerksgelegen und deren Beaufsichtigung bei ihrer Rückkehr nach der Heimat, werden von den höchsten und höchsten Regierungen des Zwecks entsprechende Verfügungen getroffen werden.

3. Neben die in Deutschland wandernden Handwerksgelegen wird strenge polizeiliche Aufsicht, insbesondere hinsichtlich der Verbindungen, in welche sie sich einlassen könnten, geführt werden.

4. Die Bundesregierungen werden sich durch ihre Bundeslandtagsgesandtschaften in fortwährender Kenntnis erhalten, nach welchen Ländern und Orten sie wegen der notorisch stattfindenden Assoziationen und Versammlungen der obgedachten Art das Wandern der Handwerksgelegen verboten haben.“

Das religionsgesetzliche Konfessionsbild. Eine eigenartige Konfessionsgeschichte, die bei Februart der Per. Seine auch nicht dank-

licher hätte passieren können. Mit Rosenheim a. S. erzählt, dort weilt kürzlich der Berliner Historiker Heinrich Lauer bei seiner Mutter und seinen Geschwister, richtete sich ein Alter ein und arbeitete an einem Kolossalgemälde, das den Kampf um die christliche Religion darstellte. Auf einem Teil des Bildes wird Frankreich in der Gestalt Mariannens dargestellt, wie sie ihr Haupt dem Papst in den Schoß legt, während der französische König Marianne von diesem Platz fortzweihen will. Das kam dem katholischen Pfarrer von Kreinsheim zu Ohren, und er verkündete vor der Kanzel herab, das Bild müsse in wenigen Stunden in seinen Händen sein. Auf Ersuchen des Pfarrers begab sich nun am Sonntag Nachmittag ein Gendarm, ein Schulmann und noch eine dritte Person zu dem Maler, um das Bild zu konfiszieren. Trotz heftiger Protesten ließen die vier Meter große Leinwand und brachten sie in Polizeigewalt. Der Maler benachrichtigte jetzt den Staatsanwalt, und Gendarm und Schulmann werden sich wegen Hausfriedensbruchs zu verantworten haben. . . .

Ein merkwürdiger Theatersdirektor gibt es in Aschaffenburg. Der Herr, Steger ist sein Name, hatte an der Weltbühne der „Aschaffener Zeitung“ das Ansehen gestellt, die Vorstellungen des Theaters und die Leistungen seiner Frau als Darstellerin möglichst herauszufechen, konfiszierende Unternehmungen dagegen möglichst schlecht zu machen. Das Ansehen wurde natürlich zurückgehoben und öffentlich gebührend gegeben. Inzwischen hat Herr Steger sich in schwer beleidigender Weise gegen den Regisseur Maßes vergangen, so daß jetzt der Aufsichtsrat der Zeitung in einer öffentlichen Ehrenverurteilung zugunsten des Regisseurs mitteilt, daß gegen den sonderbaren Theatersdirektor die Beleidigungsklage erhoben worden ist.

Literatur.

Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 2 heben wir hervor: Königlich Preussischer Jugendbund. — Rheinische Jugend in alter Zeit. Von Hannab Levin. — In Delmenhorst. — Die Arbeiter-Jugend in Schweden. Von G. Engelbert Graf. (Fortsetzung.) — Chr. F. D. Schubart. (Mit Illustrationen.) Von Gernle. (Schluß.) — Aus der Jugendbewegung. — Jugendbewegung des Auslandes. — Vom Kriegskampfe. — Die Wirkungen des Krieges. — Die Segner an der Arbeit. — Beilage: Walter Eucken und Schumpeter. (Schluß.) — Eine rote Konfirmation. — Der winterliche Wald in seiner Pracht. (Mit Illustrationen.) — Winterzeit in der Sibirischen Sozialwelt. Von Jürgen Brand. — Schicksal von Chr. F. D. Schubart. — Väter für die Jugend. — Abel. — Die Kunst des Otto Kern's

